

Netzwerke

Meinem Untersuchungsgegenstand – der europäischen Grenzschutzagentur Frontex – bin ich zum ersten Mal an meinem Küchentisch begegnet. In einer kleinen Randnotiz im Mai 2005 meldete die Süddeutsche Zeitung, dass die Agentur nun ihr Hauptquartier in Warschau bezogen hätte und damit ihre Arbeit aufnehmen würde. Der Begriff ›europäische Grenzschutzagentur‹ löste nicht nur bei mir die Assoziation einer europäischen Grenzschutzpolizei aus, die nun die Bewachung des Kontinents übernehmen sollte. Dies führte bei mir zu politischem Unbehagen. Die Idee eines suprastaatlichen Polizeiapparats lehnte ich ab. Das Wissen um das demokratische Defizit der Europäischen Union, der sich seit Schengen abzeichnende Nexus zwischen Migrationspolitik und Grenzkontrolle, aber auch meine Hoffnung auf ein plurales, inklusives Europa, welches das westfälische System der Nationalstaaten überwinden möge, speisten diese Einschätzung. Ganz konkret entstammte es auch dem Wissen um die damaligen migrationspolitischen Auseinandersetzungen in und um Europa.

Die Fälle der *Cap Anamur* und der tunesischen Fischer im Jahr 2004 waren einige der paradigmatischen Ereignisse dieser Jahre. Das Schiff der gleichnamigen NGO und die Fischer hatten jeweils Bootsflüchtlinge im zentralen Mittelmeer vor dem Ertrinken gerettet und nach Italien, als nächster sicherer Hafen, gebracht. Dort waren sie nun mit Anklagen wegen ›Beihilfe zur illegalen Einreise‹ konfrontiert (vgl. ausführlich Scirba 2004; Klepp 2011, 267; Mezzadra und Neilson 2013, 170f.). Insbesondere der Fall der *Cap Anamur* hatte eine dezidiert europäische Dimension, da sich der damalige Bundesinnenminister Otto Schily in den Chor derer, die die Seenotrettung zu kriminalisieren suchten, prominent einreichte. Dieses zweifelhafte Engagement fügte sich nahtlos in die Bemühungen Schilys, seines damaligen italienischen Amtskollegen Giuseppe Pisanu sowie des britischen Premierministers Tony Blair, ein, die federführend eine europäische Politik der Vorverlagerung der Migrationskontrolle verfolgten (Blair 2003; Forschungsgesellschaft Flucht und Migration, Niedersächsischer Flüchtlingsrat und Komitee für Grundrechte und Demokratie 2005; Hess und Tsianos 2007; Nsoh 2008; Kasperek und Tsianos 2015).

Doch auch damals schon war Europäisierung ein zweischneidiges Schwert. Lokal in München war ich Mitglied einer antirassistischen Gruppe, der *Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und Migrant_innen*, die sich als bundesweite Struktur schon 1998 in klarer Anlehnung an die Aufsehen erregenden Kirchenbesetzungen der *Sans-Papiers*-Bewegung im Frankreich der 1990er Jahre (Cissé 2002) gegründet hatte. Der politische Alltag unserer Gruppe bestand auch in den Versuchen, gemeinsam mit Betroffenen deren Probleme mit dem deutschen Asylsystem zu lösen. Dies setzte ein Mindestmaß an Kenntnissen des Asylrechts voraus. Zu diesem Zweck führten wir immer wieder interne Seminare durch. Mit der Verabschiedung des umkämpften Zuwanderungsgesetz im Jahr 2005, welches vielfach als Rückschritt auf dem Weg zu einer offeneren Migrationsgesetzgebung gesehen wurde (vgl. Karakayali und Kasperek 2013), ergab sich eine unerwartete Einsicht. Uns fiel auf, dass das Zuwanderungsgesetz im Bereich des Flüchtlingsschutzes auch positive Reformen mit sich brachte, da es die Richtlinien der ersten Generation des *Gemeinsamen Europäischen Asylsystems* (GEAS) in deutsches Recht umsetzte. Im Vergleich zum deutschen Asylsystem, welches sich immer noch stark an der Figur des *politischen Flüchtlings* orientierte, waren die europäischen Richtlinien fortschrittlicher. Die Anerkennung geschlechtsspezifischer Verfolgung als Asylgrund ist ein Beispiel für die positiven Effekte der Europäisierung der Migrationspolitiken.

Zudem kam es rund um die Jahrtausendwende zu ersten europäischen Vernetzungen in der antirassistischen Bewegung. Aus der politischen Praxis der *Grenz-camps* – politischer Camps an der damaligen Schengen-Außengrenze zwischen Deutschland und Polen oder auch Tschechien – welche die Kampagne *kein mensch ist illegal* Ende der 1990er Jahre erfunden hatte (vgl. Cross the Border 1999; Hermann 2003), ergab sich sowohl ein Netzwerk von so genannten *noborder*-Gruppen über die Grenzen Schengens und der Europäischen Union hinweg, als auch eine Globalisierung der Praxisform der *Grenz-camps* als *noborder camps*. Aus einem solchen Camp im Süden Italiens ging 2003 das *Frassanito-Netzwerk* hervor, welches unter anderem im Umfeld der *Europäischen Sozialforen* – die wiederum aus der globalisierungskritischen Bewegung hervorgegangen waren – eine Verbindung von Aktivismus, Wissensproduktion und Theoriearbeit suchte (vgl. Walters 2006; Mezzadra 2011; Kasperek und Speer 2013; Monforte 2016). Auch die *Forschungsgruppe Transit Migration* (Transit Migration Forschungsgruppe 2007) war Teil dieses Netzwerks.

Ein wichtiger Referenzpunkt für dieses Netzwerk war die Unionsbürgerschaft. Eingeführt durch den Vertrag von Maastricht (1992) war diese zwar anfänglich vor allem symbolisch konzipiert (Buckel 2013; Wissel 2015; Riedner 2018), gleichzeitig eröffnete sie jedoch einen Raum, in der eine post-nationale und inklusivere Form von gesellschaftlicher Zugehörigkeit diskutierbar wurde (Rigo 2005).

Diese Schlaglichter – für eine umfassendere Darstellung ist an dieser Stelle kein Platz – auf diese spezifische Form antirassistischer Politik und Organisation in Form von europäischen Netzwerken Anfang der 2000er Jahre unterstreichen, dass die Frage der Europäisierung, insbesondere im Bereich der Migrations- und Asylpolitik viele Facetten hatte, heterogene Effekte erzeugte und daher nur schwer auf einen Nenner gebracht werden konnte. Die Organisationsform des Netzwerkes stellte eine pragmatische Antwort auf diese Heterogenität dar.

Mapping Frontex

So wurde mein Interesse an Frontex durch eine kleine Zeitungsmeldung am Küchentisch des Jahres 2005 geweckt und ich beschloss, der Agentur zu folgen. Es war anfänglich nicht leicht, an Informationen zu gelangen. Die offiziellen *policy*-Dokumente der Europäischen Union, wie etwa die Gründungsverordnung der Agentur, Mitteilungen der Kommission, Protokolle von Rats- oder Gipfeltreffen, waren zwar öffentlich zugänglich, aber schwer verständlich – es handelte sich um hochspezifische Textgattungen, die sich mir nicht immer erschlossen, oder bei deren Lektüre ich mir oftmals nicht sicher war, ob ich alle eventuell vorhandenen Subtexte und impliziten Referenzen erfassen konnte. Mein Studium der Mathematik war mir beim Lesen der Texte keine Hilfe. Berichte zu den Tätigkeiten der Agentur fanden sich kaum, erst mit den ersten *Gemeinsamen Operationen* (Joint Operation, JO) der Agentur, vor allem die *JO Hera* rund um die Kanarischen Inseln ab 2006 und der *JO Nautilus* im zentralen Mittelmeer ab 2007 fanden sich Berichte in den Online-Ausgaben spanischer, maltesischer und italienischer Zeitungen. Diese blieben aber meistens eher deskriptiv. Dennoch sammelte ich all diese Artikel in meinem Literaturverwaltungsprogramm, in der vagen Hoffnung, dass das Zusammentragen dieser Notizen ein größeres Bild ergeben könnte – gleichzeitig mein persönliches Versprechen des *big data*, wie auch eine erste Konstruktion eines Archivs.

Am überraschendsten fand ich, dass sich mit einer sehr gezielten Suchanfrage bei Google, die die Ergebnisse auf Powerpoint-Dateien oder PDF-Dateien beschränkte, eine Vielzahl von Präsentationen von Agentur-Mitarbeiter_innen finden ließ. Die Agentur präsentierte sich auf vielen einschlägigen Kongressen und Konferenzen und oftmals wurden die Präsentationsfolien im Internet zugänglich gemacht. Doch diese besondere Art des Dokuments brachte seine eigenen Herausforderungen mit sich, denn das gesprochene Wort, der eigentliche Vortrag, wurde nie mitgeliefert. Oftmals studierte ich die Folien und versuchte abzuleiten, um was es wohl genau in dem Vortrag gegangen war. Gleichzeitig war mir klar, dass dies nicht möglich sein konnte. Dennoch stellte es wohl meinen ersten, naiven Versuch dar, mich in die Perspektive des Grenzschutzes hineinzudenken

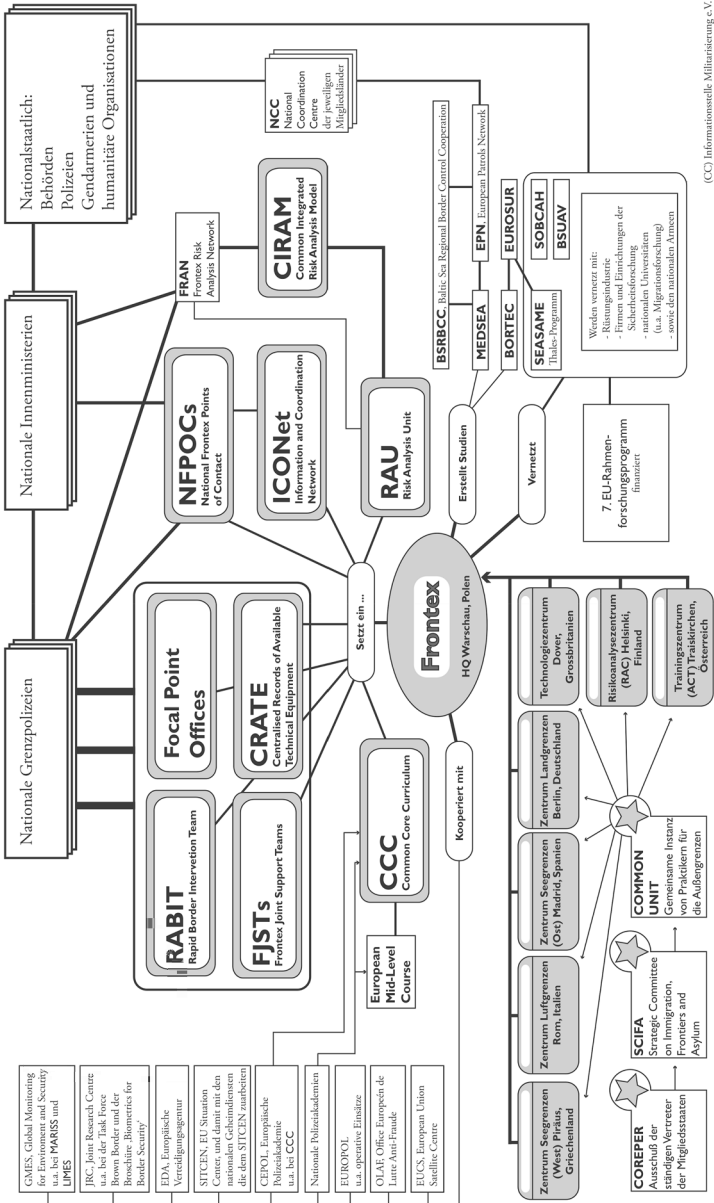
und die Rationalitäten, die Problematisierungen und die Herausforderungen des europäisierten Grenzschutzes nachzuvollziehen.

Nachdem ich auf einer der unzähligen aktivistischen Mailinglisten der 2000er Jahre – die als digitales Tool vor der Popularisierung der so genannten Sozialen Netzwerke den fluiden, semi-rigiden Netzwerkstrukturen des Aktivismus der 2000er Jahre entsprachen – kundgetan hatte, dass ich an einem Austausch zu der Agentur interessiert sei, kam ich in Kontakt mit Christoph Marischka. Er war zu der Zeit Mitarbeiter bei der Tübinger *Informationsstelle Militarisierung e.V.*, einer friedenspolitischen Initiative, die 1996 gegründet wurde. Im Gegensatz zu meinem migrationspolitischen Interesse an der Agentur war ihm die Agentur aufgefallen, da er sich mit der im Entstehen begriffenen Sicherheitsarchitektur der Europäischen Union beschäftigte (Marischka 2007). Ein weiterer Konnex bestand in der Hypothese der ›Festung Europa‹, die immer wieder auch mit dem Schlagwort der ›Militarisierung der Grenzen‹ zugespitzt wurde. Es war daher kein Zufall, dass eine friedenspolitische Initiative sich mit der europäischen Grenzschutzagentur beschäftigte. Wir beschlossen, eine Broschüre zu der Agentur zu erstellen (Informationsstelle Militarisierung und Fraktion GUE/NGL 2008). Durch die Broschüre gerieten wir in Kontakt mit weiteren Personen, die ebenfalls zu der Agentur arbeiteten. So konnten wir schnell eine zweite Broschüre erstellen (Informationsstelle Militarisierung 2009) und damit einen frühen Beitrag zur Wissensproduktion über die Agentur im deutschsprachigen Raum leisten.

Ein Feature der ersten Broschüre ist eine Infographik, ein Mapping der Institutionen und Akteure, mit denen Frontex vernetzt ist oder war. In unseren Recherchen waren wir immer wieder auf Referenzen zu anderen Organisationen gestoßen, zusammen mit einer Unmenge von Akronymen, die entweder für Abteilungen von Frontex, Unterprojekten oder Studien standen. Wir hatten diese in einem Glossar geordnet und systematisiert und wollten dieses auch online weiterführen und aktualisieren. Doch relativ kurz vor Fertigstellung der Broschüre hatte Christoph Marischka die Idee, das Mapping zu erstellen und so eine einfacher erfassbare Repräsentation zu schaffen. Aus heutiger Perspektive, nachdem ich nochmal systematisch den Entstehungsprozess der Agentur, ihre Konstitution, Struktur, Weiterentwicklung und Einbettung in die Europäische Union analysiert habe, kommt mir das Mapping zu unstrukturiert vor, ganz abgesehen von einigen Fehlern. Es sind zu viele Dimensionen in das Mapping eingeflossen, etwa eine zeitliche Dimension der Europäisierung des Grenzschutzes, die Dimension der primären EU-Institutionen mit ihren Untergliederungen, der interne Aufbau der Agentur, ihre Produkte, etc. Andere Dimensionen sind wiederum nur angedeutet, etwa die nationalstaatliche Ebene sowie deren intergouvernementalen Verbindungen.

Das Mapping stellt eine reduzierende Projektion einer hochdimensionalen Struktur auf zwei Dimensionen dar, bei der bestimmte Aspekte verloren geggan-

Bestens vernetzt: FRONTEX



(CC) Informationsstelle Militarisierung e.V.

Mapping zur Vernetzung von Frontex (Informationsstelle Militarisierung und Fraktion GUE/NGL 2008, 26f.)

gen sind. Mir geht es jedoch gar nicht darum zu unterstreichen, dass ich viele Jahre später alles viel besser verstehe – dies wäre gleichzeitig banal und eitel. Vielmehr erinnert mich das Mapping lebhaft daran, wie komplex, verworren, teilweise undurchdringbar sich dieses sich abzeichnende Netzwerk des europäischen Grenzschutzes in den 2000er Jahren präsentierte. Es erinnert mich an das Gefühl der gleichzeitigen Herausforderung und Überforderung und an den Wunsch, diesem Netzwerk zu folgen. Es erinnert mich auch an die schon damals von uns mitgedachten anderen Ebenen, etwa legislative, juristische, infrastrukturelle, finanzielle und diskursive Ebenen, die ebenfalls einbezogen werden sollten. Es erinnert mich auch an die Herausforderung, diesem Netzwerk durch die zeitliche Dimension zu folgen und es auch in lokalen Settings zu rekonstruieren. Kurzum, das Mapping erinnert mich daran, dass wir damals einen ersten Blick nicht auf die Agentur als singulären Akteur, sondern auf das heterogene Gebilde des europäischen Migrations- und Grenzregimes warfen, in dem die Agentur über die letzten 15 Jahre einen immer prominenteren Platz eingenommen hat.

So ergab sich schon damals eine zentrale Fragestellung für die Herangehensweise der vorliegenden Untersuchung: Wie lässt sich dieser intuitive und noch vage Befund eines heterogenen Gebildes theoretisch fassen und gleichzeitig in ein Forschungsdesign übersetzen, das die Komplexität und die Vielfachheit der Akteure und ihrer Verbindungen ernst nimmt und als Chance für eine multimedische und multiperspektivische Forschung begreift? Glücklicherweise schließt diese Fragestellung an Methodendiskussionen an, die insbesondere in der Kulturanthropologie und der Europäischen Ethnologie schon länger geführt werden (u.a. Marcus 1995; Rabinow 1996; Marcus 1998; Welz 1998; Rabinow u. a. 2008; Welz 2009a; Faubion und Marcus 2009; Hess, Moser und Schwertl 2013). Im Allgemeinen gelten George Marcus' Überlegungen zum im Entstehen begriffenen Modus der ›multi-sited ethnography‹ als wichtigster Anstoß (Marcus 1995). Dabei bedeute, so Marcus, ›multi-sitedness‹ mehr, als lediglich an verschiedenen Orten Feldforschung zu betreiben. Damit re-konzeptionalisiert Marcus das Feld als Netzwerk und nicht lediglich als Aggregat zerstreuter Feldforschungsorte, da er den Kern des Forschungsdesigns der ›multi-sited ethnography‹ als »[s]trategies of quite literally following connections, associations, and putative relationships« (97) charakterisiert und damit die Bedeutung der Verbindungslinien zwischen den ›sites‹ hervorhebt.

Dies schlägt sich bei Marcus auch in einer konstruktivistischen Haltung bezüglich des Feldes und des Forschungsdesigns nieder: »Multi-sited research is designed around chains, paths, threads, conjunctions, or juxtapositions of locations in which the ethnographer establishes some form of literal, physical presence, with an explicit, posited logic of association or connection among sites that defines the argument of the ethnography« (103). Gleichzeitig charakterisiert er den Untersuchungsgegenstand als »emergent object of study, whose contours, sites,

and relationships are not known beforehand, but are themselves a contribution of making an account that has different, complexly connected real-world sites of investigation« (102). Auch die Ethnologin Michi Knecht hebt in ihren Überlegungen zum Einsatz und zur Produktivität ethnographischer und praxeographischer Methoden in der Medizin-, Wissenschafts- und Technikforschung hervor, dass

»[d]as Feld der Gegenwartsethnografie [...] seine früheren ›naturalistischen‹ Konnotationen weitgehend verloren [hat]. Es wird nicht mehr bloß aufgesucht. Die Definition dessen, was das ethnografische Feld in einem spezifischen Forschungsprozess ausmacht, welche Orte und Beziehungen zu ihm gehören, wie seine Grenzen beschaffen sind, diese Fragen und Aspekte sind Teil des Forschungsdesigns, das sich in der Zusammenführung theoretischer Interessen und empirischen Wissens im Verlauf des Forschungsprozesses immer mehr konkretisiert.« (Knecht 2013, 88f.)

Grundsätzlich wird das Aufkommen dieses neuen Feldbegriffs, der sich in expliziten Forschungsdesigns niederschlägt, durch einen Befund der erhöhten Komplexität motiviert. George Marcus rekurriert vor allem auf das Phänomen der Globalisierung als Multiplikation der globalen Verflechtungen, während Michi Knecht auf die »Herausbildung komplexer sozio-natürlicher-technischer Ordnungen« (85) verweist und als Beispiel die BSE-Epidemie der späten 1990er Jahre anführt. Dies ist im Kontext der vorliegenden Arbeit interessant, da es zu einer doppelten Mobilisierung des Netzwerk-Begriffs führt: einerseits als Re-Konzeptionalisierung des Forschungsfelds, andererseits aber – dies zeige ich im Kapitel Agentur – stellt auch die Schaffung von Expert_innen-Netzwerken just die Antwort der Kommission dar, um Phänomene wie die BSE-Krise zu bewältigen.

Auch die Kulturanthropologin Gisela Welz motiviert ihre Überlegungen zu neuen Formen der Feldforschung unter dem Titel »Moving Targets« mit dem Befund der Globalisierung als globale, multiskalare Vernetzung von Gesellschaften (Welz 1998). Dabei nimmt sie insbesondere den Aspekt der erhöhten Mobilität durch die Globalisierung und dessen Implikationen für die Feldforschung in den Blick. Mobilitätspraktiken, die qua Definition Verbindungslinien und daher Netzwerke etablieren, sollten daher, so Gisela Welz, verstärkt in ethnographische Forschungsdesigns eingehen. Noch grundsätzlicher äußert sich etwa James Faubion, wenn er konstatiert, dass es dem Fach der Anthropologie schon immer darum gegangen sei, Verbindungen zu etablieren (Faubion 2009, 145).

Auch die drei genannten Autor_innen beziehen sich auf George Marcus, insbesondere seine Methodologie des »Following« – follow the people, the thing, the metaphor, the plot, the story, the allegory, the life, the biography, the conflict (Marcus 1995, 106ff.). Damit arbeitet George Marcus insbesondere heraus, dass der Begriff »site« nicht mehr ein eindeutig lokalisierbarer, gegebenenfalls sogar

geographischer Ort ist. Vielmehr sind die »sites« jene Punkte, an denen die Verbindungslinien greifbar und verfolgbar werden. Dies mag weiterhin eine Lokalität sein, kann aber ebenso etwa ein physisches Archiv, eine Internet-*site* im Sinne einer »nethnography« (Kozinets 2015; Pieper, Kuster und Tsianos 2014), diskursive Orte, wie sie etwa die MigMap *Diskurse* (2007) kartographiert hat oder sogar ein Vehikel im Sinne der *viapolitics* (Walters 2015) sein. Dass sich damit das Forschungsinteresse an den *sites* verändert, hat Gisela Welz prägnant auf den Punkt gebracht: »Im Fokus ist dann nicht mehr die Beschreibung einer Lokalität, sondern die Frage, wie und warum Prozesse der Lokalisierung sich an diesem einen Ort festmachen« (Welz 1998, 183), oder, in einem späteren Aufsatz: »Es geht [...] um eine grundlegende Revision des Verständnisses davon, was das Feld der Feldforschung ist, was beobachtbar ist (>sight<) und wo es beobachtet wird (>site<)« (Welz 2009a, 201).

Sabine Hess und Maria Schwertl greifen daher in ihrer Hinleitung zu den neuen ethnographischen Methoden (Hess und Schwertl 2013) insbesondere den Konstruktivismus auf, der diesem neuen Feldbegriff innewohnt. Ausgehend von dem Befund der Omnipräsenz materiell-semiotischer Netzwerkkonzepte in den einschlägigen Methodendiskussionen schlagen sie eine Neukonzipierung von Feldforschung als »radikal konstruktivistisches Projekt in Netzwerken« (31) vor. Ihr Einsatz ist es, die Erweiterung des Methodenarsenals nicht lediglich als Anpassung an eine veränderte Welt zu verstehen, sondern dadurch auch eine Reflexion über die epistemologischen und ontologischen Grundannahmen ethnographisch-empirischer Forschung zu beginnen. Dies demonstrieren sie an der *Ethnographischen Grenzregimeanalyse*, die auch für meine Forschungen die zugrundeliegende Methodologie bildet und die nun vorgestellt werden soll.

Ethnographische Grenzregimeanalyse

In Anlehnung an die vielfältigen Arbeiten der *Forschungsgruppe Transit Migration* (Karakayalı und Tsianos 2005; Transit Migration Forschungsgruppe 2007; Hess und Tsianos 2007; Karakayalı 2008; Tsianos, Hess und Karakayalı 2009; Tsianos und Hess 2010; Hess 2012) nutze auch ich den Regime-Begriff, um mich dem Untersuchungsgegenstand und seinem Netzwerk zu nähern (vgl. auch Düvell 2002). Die Forscher_innen der Gruppe haben den Begriff des Regimes zudem in eine Analytik wie auch eine Methodologie zur Erforschung der (europäischen) Migrationspolitiken zugespitzt: der ethnographischen Grenzregimeanalyse.

Entwickelt wurde der Regime-Begriff in dem politikwissenschaftlichen Feld der Internationalen Beziehungen (Krasner 1982, 1983a). Der Regime-Begriff der Forschungsgruppe nimmt jedoch ebenso Bezug auf Überlegungen der Regulierungs-Theorie, wie auch auf Erkenntnisse der *urban studies* (Karakayalı

und Tsianos 2005; Tsianos und Hess 2010; Pott und Tsianos 2014). Expliziter möchte ich die Vorarbeiten der *Forschungsgesellschaft Flucht und Migration* (FFM) herausgreifen, welche in ihren aktivistischen Forschungen schon in den 1990er Jahren sowohl den Begriff der Migrationsregime, als auch der Grenzregime genutzt haben (u.a. Forschungsgesellschaft Flucht und Migration 1995). Dies einerseits, um Kontinuitäten des Totalitarismus in den Staaten Osteuropas nach dem Kollaps der Sowjetunion und vor der Ost-Erweiterung der Europäischen Union zu markieren, andererseits als Verweis auf die Herausbildung einer suprastaatlichen Regierung der Migration im Zuge der Europäisierung der Politikfelder Migration und Grenze.

Einen ebenso wichtigen Referenzpunkt stellt der Aufsatz »Between Phantoms and Necessary Evils« des italienischen Migrationsforschers Giuseppe Sciortino (2004) dar. Ausgehend von einer Kritik bestehender Modi der Wissensproduktion über irreguläre Migration in Europa argumentiert er, dass ein Perspektivwechsel auf irreguläre Migration notwendig sei. Das System der irregulären Migration müsse als Resultat des Aufeinanderprallens zweier sozialer Prozesse, der menschlichen Mobilität sowie der Durchsetzung von staatlichen Politiken, begriffen werden. Damit betont Sciortino einerseits die Konstruiertheit der Kategorie der Irregularität, andererseits die Ko-Produktion des Regimes durch Migration und Staat zu gleichen Teilen. Nach einer Rekonstruktion der europäischen Migrationssysteme expliziert Sciortino seinen Begriff des Migrationsregimes¹. Er betont zum einen den historischen Charakter, die Gewachsenheit der Migrationsregime, also die Tatsache, dass diese nicht gezielt konzipiert worden seien:

»It is rather a mix of implicit conceptual frames, generations of turf wars among bureaucracies and waves after waves of ›quick fix‹ to emergencies, triggered by changing political constellations of actors. The notion of a migration regime allows room for gaps, ambiguities and outright strains: the life of a regime is the result of continuous repair work through practices.« (32f.)

Zum anderen hebt er die Rolle von Beobachtung, Wissen und Wissensproduktion für die Dynamik und Stoßrichtung des Regimes hervor:

»Finally, the idea of a ›migration regime‹ helps to stress the interdependence of observation and action. Migration regimes are rooted both in ways of observing and acting. The overall structure of the migration will determine how flows – regardless of their ›true‹ nature – will be observed and acted upon. Similar flows will be observed very differently within different regimes. Differential treatments will feed back in different ways of observing.« (33)

1 Sciortino nimmt nicht für sich in Anspruch, den Begriff Migrationsregime geprägt zu haben, sondern verweist auf die »zunehmende Beliebtheit« dieses Begriffes, ohne jedoch spezifische Arbeiten anzuführen.

Die Multiplikation der Akteure, wie wir sie insbesondere in Migrations- und Grenzregimen beobachten können, wird von diesen zwei Regime-Begriffen nur bedingt angedeutet. Sciortino spricht vom Staat als Akteur, ohne jedoch explizit eine monolithische Konzeption des Staats zu verfolgen. Dies zeigt sich etwa im Verweis auf die ›turf wars‹ der Bürokratien. Der Regime-Begriff der *Forschungsgesellschaft Flucht und Migration* nimmt vor allem den intergouvernementalen, Maastrichter Modus der entstehenden europäischen Justiz- und Innenpolitik in den Blick.

Es ist daher in erster Linie der Regime-Begriff der *Forschungsgruppe Transit Migration*, der die spätestens seit Anfang der 2000er Jahre zu beobachtende Explosion des Feldes durch das Auftauchen neuer Akteure, wie etwa NGOs, Kooperationsforen, zwischenstaatliche Institutionen und auch supranationale Akteure nun auch explizit theoretisch zu fassen sucht. Grundsätzlich ist der Regime-Begriff jedoch nicht mit der Quantität von Akteuren befasst, vielmehr zielt der Begriff darauf ab, dass die Akteure nicht in einem geordneten, hierarchischen Verhältnis zueinander stehen, ein explizites Machtzentrum entweder komplett abwesend ist oder die Akteure bestenfalls in einem polyzentrischen Netzwerk arrangiert sind. Für den Fall der Migrationsregime führen Serhat Karakayalı und Vassilis Tsianos aus, dass der Regime-Begriff die Einbeziehung einer Vielzahl von Akteuren erlaube, wesentlich aber sei, dass dieser nicht durch eine »zentrale (systemische) Logik« geordnet seien:

»Dies erscheint uns wichtig, da mit dem Systembegriff in der Migration vor allen Dingen implizit oder explizit der Primat der Kontrolle über die Praktiken der Migration gesetzt wird. Mit dem Regimebegriff wird das Verhältnis zwischen den Handlungen der MigrantInnen und den Agenturen der Kontrolle nicht als einfaches Subjekt-Objekt Verhältnis gedacht.« (Karakayalı und Tsianos 2005, 46)

Damit wird der zentrale theoriepolitische Einsatz der ethnographischen Grenzregimeanalyse angesprochen, nämlich die Zentralität der Bewegungen der Migration für die Dynamik des Regimes. Diese wird mit der These der Autonomie der Migration auf den Punkt gebracht, welche das Primat der Bewegungen der Migration vor den Mechanismen der Kontrolle postuliert: »Bewegung der Menschen geht den Bewegungen des Kapitals und der staatlichen Kontrolle voraus« (Moulier Boutang 2007, 170) formuliert dies Moulier Boutang sehr direkt, oder etwas ausführlicher Sandro Mezzadra:

»[F]ür den Kapitalismus [ist] eine strukturelle Spannung charakteristisch [...], nämlich die Spannung zwischen der Gesamtheit subjektiver Praxisformen, in denen die Mobilität der Arbeitskraft auftritt – und die letztlich auch als

adäquate Reaktion auf die fortwährenden Umwälzungen ›traditioneller‹ gesellschaftlicher Strukturen durch die kapitalistische Entwicklung zu verstehen sind –, und dem Versuch seitens des Kapitals, darüber eine ›despotische‹ Kontrolle auszuüben, in ihrem Kern durch den Staat. Aus dieser Spannung ergibt sich ein kompliziertes Dispositiv von gleichzeitiger Verwertung und Zügelung der Mobilität der Arbeitskraft.« (Mezzadra 2007, 179)

Die These der Autonomie der Migration steht in einer langen Reihe der Theorieentwicklung im Rahmen politischer Bewegungen, etwa die italienische Bewegung der ›Arbeiterautonomie‹ (*autonomia operaia*) (Bologna 2003; Wright 2002) sowie des Post-Operaismus (Birkner und Foltin 2010). Insbesondere die Arbeiten des französischen Ökonomen Yann Moulier Boutang (1998) zur Entstehung der ›freien‹ Lohnarbeit als Reaktion auf Fluchten aus Sklaverei und anderen unfreien Arbeits- und Lebensformen sind hierfür instruktiv, da das soziale Transformationspotential von Fluchten, von Sicht-Entziehen, von »imperceptible politics« (Papadopoulos, Stephenson und Tsianos 2008) als Untersuchungsperspektive für die neuen Regulationsweisen der Ware Arbeit genutzt werden.

Damit füllt die ethnographische Grenzregimeanalyse als »Methodologie der Autonomie der Migration« (Tsianos und Hess 2010) eine entscheidende Lücke in der Untersuchung von Migrations- und Grenzpolitiken, da sie die Wirkungsmächtigkeit der Bewegungen der Migration zu fassen sucht, ohne diese quasi-physikalisch durch ein Modell der Push- und Pull-Faktoren zu naturalisieren oder Migrant_innen im Gestus des Humanitarismus allesamt zu Opfern zu erklären. Dieser spezifische Regime-Begriff bietet so vor allem einen Erklärungsansatz, warum Migrationspolitiken immer wieder scheitern und Krisen produzieren, ohne auf simple Schemata wie etwa den Befund einer ›Überforderung‹ zurückgreifen zu müssen. Vielmehr sind die Krisen Produkt der Spannung zwischen Migration und den Politiken der Kontrolle und damit für die Dynamik des Regimes ursächlich. Das wiederholte Scheitern der Politiken der Kontrolle ist inhärent produktiv, da es diese vorantreibt. Die These der Autonomie der Migration bildet daher die Grundlage für eine vielschichtige Analyse des asymmetrischen und antagonistischen Aufeinandertreffens von menschlicher Mobilität und den (staatlichen) Versuchen, diese zu verhindern, zu beschränken, zu steuern oder zu regieren. Ganz im Sinne der Foucault'schen Verschränkung von Wissensproduktion und Machtformen ist die These der Autonomie der Migration daher zugleich eine Kritik an den bestehenden Modi der Wissensproduktion über die Migration (Bojadžijev 2006), da – wie Sciortino schon zeigen konnte – von einer Interdependenz zwischen Beobachtung – Wissensproduktion – und Wirken auszugehen ist.

Der Befund der Multiplizität der Akteure, die Absenz einer zentral ordnenden Logik sowie der explizit antagonistische Ko-Produktionsprozess des Regimes durch eine beständige und wiederholte Abfolge von Bewegung, Kontrolle und

Bemühungen, sich der Kontrolle wiederum zu entziehen oder diese produktiv zu wenden, etabliert das Regime als Feld der Konflikte und Aushandlungen. Es ist durchzogen von Spannungen, Instabilitäten, wechselseitigen Durchdringungen und unerwarteten Dynamiken. Diese Dynamiken sind zwar getrieben von dem Antagonismus zwischen Kontrolle und Mobilität, die entstehenden Reibungen, Konflikte und Auseinandersetzung stellen jedoch keine ›Schlachten‹ in einer archetypischen Konfrontation dar. Wechselnde Akteurskonstellationen, situative Allianzen, taktische Bündnisse und strategische Kompromisse kennzeichnen das Leben des Regime ebenso wie sich verschiebende Rationalitäten, auftauchende Diskurse, konkrete Herausforderungen und pragmatische Lösungen. Die von Sciortino formulierte Einsicht der »kontinuierlichen Reparaturarbeit durch Praxis« ist besonders instruktiv. Die Währung des Regimes mag zwar letzten Endes Kontrolle sein, doch diese zu erzielen, zu erwirtschaften, ist eine beständige Herausforderung. Die Herstellung und das Erhalten eines Mindestmaßes an Kohärenz, nicht nur zwischen den Akteuren, sondern auch beispielsweise zwischen spezifischen, gegebenenfalls informellen Praktiken und legislativen Ordnungen ist das Wesen der beständigen Reparaturarbeit. Insbesondere im europäischen Migrations- und Grenzregime, welches durch die maßgebliche Komponente der »transnationalen Souveränitätserweiterung« geprägt ist, besteht die Kunst des Regierens darin, so Sabine Hess und Vassilis Tsianos, »die ›Nebenfolgen‹, die unintendierten Effekte des Prozesses zu regieren« (Hess und Tsianos 2007, 26). Konvers lässt sich daher formulieren, dass die Frage nach Intentionalität für eine Analytik des Regimes in den Hintergrund tritt: »Was den Regimebegriff so bedeutsam macht, ist, dass er es erlaubt, Regulationen als Effekte, als Verdichtungen von sozialen Handlungen zu verstehen und sie nicht funktionalistisch vorauszusetzen«, formulieren dies Sabine Hess und Serhat Karakayalı (2007, 50) unter Rückgriff auf Louis Althusser.

Dies bedeutet jedoch nicht, dass einzelne Akteure oder bestimmte Aggregate nicht einer Untersuchung unterzogen werden könnten. Hier hat sich vor allem der gouvernementalitätstheoretische Ansatz in Anlehnung an die späten Arbeiten Michel Foucaults (Foucault 2004a, 2004b; Rose 1999; Rabinow 2003; Dean 2010; Bröckling, Krasmann und Lemke 2012; Walters 2012) als produktiv erwiesen. Seine Frage nach dem ›Wie‹ des Regierens, seine Untersuchung von konkreten Regierungsrationalitäten und Machttechnologien, kurzum: seine Analytik der Regierungskünste, hat auch der ethnographischen Grenzregimeanalyse eine Sammlung von Werkzeugen – die Foucault'sche ›tool box‹ – zur Verfügung gestellt, um sich insbesondere den Akteuren der Kontrolle zu nähern. Dies liegt auch in der Tatsache begründet, dass die Arbeiten der *Forschungsgruppe Transit Migration* – wie auch die Arbeiten der *Forschungsgesellschaft Flucht und Migration* – im Kontext der Europäisierung der Migrations- und Grenzpolitiken entstanden sind. Gouvernementalitäts-theoretische Ansätze zur Untersuchung der sich ab

den 1990er Jahren abzeichnenden *new European governance* (vgl. Marks 1993; Hix 1998; Kohler-Koch und Eising 1999; Hooghe und Marks 2001; Jachtenfuchs 2001; Joerges 2008; Stephenson 2013) haben sich hierbei nützlich gezeigt.

Nicht zufällig ist daher der Regime-Begriff der Forschungsgruppe Transit Migration an Foucaults Begriff eines Dispositivs angelehnt, welches er als das verbindende Netzwerk zwischen heterogenen Elementen – wie etwa Diskursen, Institutionen, Architekturen, etc. – beschreibt (Foucault 1978, 119f.):

»Unter Regime verstehen wir also ein Ensemble von gesellschaftlichen Praktiken und Strukturen – Diskurse, Subjekte, staatliche Praktiken – deren Anordnung nicht von vorneherein gegeben ist, sondern das genau darin besteht, Antworten auf die durch die dynamischen Elemente und Prozesse aufgeworfenen Fragen und Probleme, zu generieren.« (Karakayalı und Tsianos 2007, 14)

Der Regime-Begriff ist nicht nur inhaltlich nahe an Foucaults Begriffen formuliert, er überschneidet sich auch in der Perspektive auf das Wirken der Dispositive. Der Fokus auf die Generierung von Antworten auf Probleme konzeptionalisiert ein Regime als immanent produktiv und nicht lediglich repressiv. Gleichzeitig ist der Begriff des Regimes nicht 1:1 als Dispositiv angelegt (Tsianos und Hess 2010; Kasperek, Schwertl und Speer 2015; Hess, Kasperek und Schwertl 2018). Die Betonung der Dynamik des Regimes hebt es von der etwas statischeren Konzeption der Dispositive ab und nimmt Anleihen beim fluideren Begriff des *agencement*, des Gefüges oder der Assemblage, wie ihn Gilles Deleuze und Félix Guattari geprägt haben (Deleuze und Guattari 1987), wie ihn auch Manuel DeLanda vorschlägt (DeLanda 2006) oder wie ihn Aihwa Ong und Stephen Collier in der anthropologischen Untersuchung globaler ›Problematiken‹ erfolgreich im Sinne einer kulturalanthropologischen Methodologie konzipiert haben (Ong und Collier 2005; auch Marcus und Saka 2006). Gleichzeitig ist eine gewisse Stabilität, eine gewisse Sedimentierung Voraussetzung, um überhaupt einen forschenden Zugriff auf das Netzwerk der Akteure zu erhalten (Tsianos und Hess 2010, 254).

Hier ergibt sich eine Nähe zum Netzwerk-Begriff der *Actor-Network-Theory* (ANT) (Latour 2007; Belliger und Krieger 2006), welche auf Stabilisierungen abzielt und die zudem den Vorteil bietet, im Sinne einer symmetrischen Anthropologie auch nicht-humane Akteure – Aktanten – in die Untersuchung einzubeziehen (Latour 2008). Damit kann beispielsweise auch die *agency* von materiellen und technischen Objekten in den Blick genommen werden. Im Rückgriff auf die Arbeiten der Soziologin Susan Leigh Star (1999, 2002a, 2002b) und der Architektin Keller Easterling (2014) lassen sich mit dieser weiteren Perspektive auch Infrastrukturen als Teile des Netzwerks untersuchen (auch Ferguson 2012; Larkin 2013; Xiang und Lindquist 2014; Dalakoglou 2017; Jensen und Morita 2017; Walters 2017a).

Letzten Endes ist die Frage, ob das Regime nun als Dispositiv, Assemblage oder Akteurs-Netzwerk konzipiert ist, unerheblich. Mit dem Begriff des Dispositivs hat Foucault einen Weg aufgezeigt, ein Diagramm – mit George E. Marcus (1995, 96) könnten wir auch von einem Mapping sprechen – einer spezifischen Netzwerkkonstellation als Forschungsfeld zu konstruieren. Ob dieses Diagramm sich nun eher durch Verfestigungen, Fluiditäten oder einem großen Anteil von nicht-humanen Aktanten auszeichnet, ist weniger eine theoretische als eine empirische Frage, die vor allem von dem spezifischen Untersuchungsgegenstand abhängt und die von dem konkreten Forschungsdesign reflektiert werden muss.

Die ethnographische Grenzregimeanalyse ist jedoch, trotz ihrer großen Anleihen, nicht ausschließlich als *gouvernementalitätstheoretische* Untersuchung angelegt. »[G]elebte Formen der Dissidenz, Praktiken des ›Durchbrechens neoliberaler Subjektivitäten‹ [...] und des Hinausweisens über die Verhältnisse [bleiben in *gouvernementalitätstheoretischen* Arbeiten] eigentümlich unbeleuchtet«, schreiben Vassilis Tsianos und Sabine Hess (2010, 248). Damit verweisen sie erneut auf den postoperaistischen Wissensbestand (Marchart 2013, 51ff.) des Primats der Bewegung und der Kämpfe (Bojadžijev und Karakayalı 2007; Mezzadra 2007). Der Raum des Regimes, also der Raum des Aufeinanderprallens der Migration und ihrer Regierung wird erst durch die heterogenen Bewegungen der Migration und ihres beständigen Herausforderns ihrer Regierung aufgespannt und eröffnet.

Dieser Fokus auf Konflikte und Kämpfe bleibt in *gouvernementalitätstheoretischen* Untersuchungen jedoch oftmals unterbelichtet, konstatiert auch Serhat Karakayalı (2008, 54) in Abgrenzung des Einsatzes der Regimeanalyse zu den *gouvernementality studies*. Letztere, so auch Dimitris Papadopoulos, Niamh Stephenson und Vassilis Tsianos, hielten sich vom »terrain where the battle is fought« (2008, 10) letztlich fern. Diese Kritik ist meiner Meinung nach weniger gegen Foucaults Analyse, sondern vielmehr gegen den Mainstream der *gouvernementalitätstheoretischen* Forschung gerichtet, der sich oftmals auf eine Analyse von Programmatiken beschränkt und eine Untersuchung von Subjektivierungsprozessen, die neben abstrakten Anrufungen vor allem auch in Auseinandersetzungen und Fluchten stattfinden, vernachlässigen.

Auch Sandro Mezzadra und Brett Neilson attestieren dem Befund der *Gouvernementalisierung* der Migrations- und Grenzpolitiken, die Transformationsprozesse der Souveränität, welche an der Grenze eine wichtige Rolle spielen, nicht vollends fassen zu können (2013, 189f.). Sie greifen Ann Laura Stolors Kritik (1995) an einer spezifischen Interpretation der Genealogien der Macht von Foucault auf. Durch ihre Untersuchungen des Kolonialismus konnte sie die These einer linearen historischen Abfolge der von Foucault für Europa skizzierten Machtformen entkräften, da sie eine Gleichzeitigkeit der bekannten Machtformen im Kolonialismus zeigt. Diese Ko-Existenz postulieren Mezzadra und Neilson auch für die Grenze, sie sprechen von »assemblages of power« und »regime conflicts«, die

durch das Aufeinanderprallen verschiedener Machtformen – wie etwa Souveränität, Disziplin oder Biomacht – sowie deren Transformationen an der Grenze ausgelöst werden. Ihre Untersuchung der Rolle von Rechtsregimen an der Grenze und besonders der Hinweis auf deren Multiplizität und Überlappung stellen einen wichtigen Beitrag zur Analyse der Effekte dieser *regime conflicts* dar, die üblicherweise zu Deutungen im Sinne des Agambenschen Souveränitätsbegriffs des Ausnahmezustands einladen. Damit beziehen sich Mezzadra und Neilson jedoch auf einen engen Begriff der Gouvernamentalität als moderne Machtform im Sinne des Neoliberalismus, die Foucault vor allem in der »Geburt der Biopolitik« (2004a) herausgearbeitet hat, und nicht auf den weiteren Begriff der Gouvernamentalität als Untersuchung der Regierungskünste spezifischer Machtformen.

Durch ihr Insistieren auf die Gleichzeitigkeit der Machtformen weisen Mezzadra und Neilson zu Recht darauf hin, dass Migrant_innen an der Grenze eben nicht ausschließlich in neoliberaler Façon als freie Arbeitskräfte angerufen werden, sondern dass auch andere soziale und politische Fragestellungen, wie etwa Souveränität (siehe auch Papadopoulos, Stephenson und Tsianos 2008) zu berücksichtigen sind. Hierzu ließe sich die Fragestellung hinzufügen, inwiefern auch die Machtform der Disziplin in die Lager und die Asylsysteme eingeschrieben ist. Ähnlich fragt daher auch William Walters nach dem Anteil der Pastoralmacht an der »humanitären Grenze« (Walters 2011).

Der Fokus auf Konflikte und Kämpfe, oder auch Reibungen (Tsing 2005), wird so zur Untersuchungsmethode (s. auch Riedner 2018, 56ff.). Auch George Marcus hatte ein »follow the conflict« vorgeschlagen, und der Fokus auf Konflikte als erkenntnisgenerierende Momente motiviert auch den Einsatz ethnographischer Methoden im Sinne einer »Rekonstruktion des Grenz-Regimes als multiskalares, emergentes Kräfteverhältnis, welches nur praxeographisch im Moment seiner Lokalisierung und Hervorbringung zu erforschen ist« (Hess und Schwertl 2013, 31).

Für die vorliegende Arbeit, die tatsächlich nur im weitesten Sinne von Migration handelt, sind diese Ansätze aus verschiedenen Gründen wichtig. Auch wenn ich dies in meiner Arbeit wenig explizit mache, so ist doch das grundlegende Verständnis der antagonistischen Ko-Produktion des Regimes unverzichtbarer Hintergrund. Veränderungen im Regime, welche im genealogischen Sinne neue Problematisierungen sind, entstehen eben nicht im luftleeren Raum. Problematisierungen sind vielmehr konkrete Reaktionen auf menschliches Handeln. Der Blick der Autonomie der Migration gibt daher auch einen theoretischen Rahmen vor, um das Aufeinandertreffen von Migration und ihrer Regierung zu analysieren. Denn der Ansatz geht gleichzeitig von einer Intensität der Migration, als auch einer Exzessivität aus. Mit Intensität wird sowohl der transformative Charakter der Migration als sozialer und politischer Bewegung beschrieben, als auch die Tatsache, dass sich das Wesen der Migration eben nicht einfach fassen lässt

– im Kapitel Risiko werde ich daher auch herausarbeiten, wie reduktionistisch das Verständnis der Agentur von Migration ist.

Die Formen der Migration sind zwar auch durch die vorherrschenden Strukturen determiniert, gleichzeitig gehen die Migrationen beharrlich über diese hinaus. Dies verweist auf ihre Exzessivität: Wäre es möglich, die Migration auf die ›Ware Arbeitskraft‹ oder etwa ›die Asylsuchende‹ auf ein Objekt bürokratischer Verwaltung zu reduzieren, so unterschiede sich die Regierungskunst weniger von anderen und erprobten Formen staatlicher europäischer Politik. Doch wie ich im Kapitel Grenze zeigen kann, führt das Ziel der Bewegungsfreiheit von Personen als eine der vier Grundfreiheiten im entstehenden Binnenmarkt zu komplizierteren politischen Problemen als etwa der freie Warenverkehr. Ähnlich argumentiert das Kapitel Operation: Die Reduzierung der ›border crossers‹ an der türkisch-griechischen Grenze auf Objekte einer europäischen Asylverordnung erwies sich als ungeeignet, um das Regime zu stabilisieren. Die gleichzeitige Intensität und Exzessivität der Migration stellen die Grundlage für die vielen Reibungen, Konflikte und Kämpfe dar, die sich nicht nur an den Grenzen Europas abspielen und auf die ich meinen forschersischen Blick immer wieder gerichtet habe.

Damit ist der eigentliche Ansatz meiner Arbeit, die Beobachtungen und Ordnungsversuche des Regimes, wie sie Sciortino beschreibt, nachvollziehbar zu machen. »To be governed, the population has to be known, and since it is an elusive, statistically unstable entity, it has to be continually traced in its movements and dissected into discrete groups«, beschreiben Sandro Mezzadra und Brett Neilson diese Praxis (2013, 173) prägnant. Doch dieses Nachspüren und Kategorisieren der flüchtigen Bevölkerung der Migration ist eben keine Tätigkeit, die sich am Reißbrett oder Planungstisch in einem Brüsseler oder Warschauer Büro vornehmen lässt. Vielmehr wird sie im ständigen *encounter* des Grenzschutzes mit der Migration an der Grenze hergestellt und gleichzeitig herausgefordert.

In diesem Sinne möchte ich Yann Moulier Boutangs Beschreibung der Autonomie der Migration als Methode, als »heuristisches Modell, und nicht die Antwort auf eine Frage« (Moulier Boutang 2007, 169) aufgreifen. Sie konzeptionalisiert die Kämpfe, die Widerstandshandlungen, die schlaun Taktiken nicht als eine kriegerische Begegnung zweier Armeen, sondern nimmt diese Auseinandersetzungen, insbesondere die Grenzkämpfe und Grenzkonflikte als Mikropolitiken in den Blick, welche sich nun insbesondere mit ethnographischen Methoden gut beforschen lassen. All diese Ansätze und Überlegungen kondensieren sich in der Methodologie der ethnographische Grenzregimeanalyse als empirisch-induktives Forschungsdesign (Tsianos und Hess 2010, 252f.). Darunter verstehen Vassilis Tsianos und Sabine Hess einen »heuristischen Methodenmix [...], bestehend aus einer ›symptomatischen Diskursanalyse‹, ethnographischer teilnehmender Beobachtung und Gesprächen an verschiedenen Orten sowie verschiedene Formen von fokussierten Interviews«. Weiter heben sie hervor, dass es sich bei diesem For-

schungsdesign um ein »radikal konstruktivistisches Unterfangen, eine erkenntnistheoretisch angeleitete Praxis der Konstruktion von Elementen und Akteuren und um ihr In-Beziehung-Setzen in einem von den Forschenden selbst imaginierten, konstruierten Raum« handelt.

Dieser Ansatz hat sich auch für meine Herangehensweise an meinen Untersuchungsgegenstand als produktiv erwiesen. Ähnlich dem Forschungsdesign von Sabine Hess (2009a) zum *international centre for migration policy development* (icmpd), also zu einem transnationalen Akteur der europäischen Migrationspolitiken, habe ich meinen Fokus auf einen paradigmatischen Akteur der Europäisierung der Grenzpolitik gelenkt und nach Praxisrepertoires und Rationalisierungsweisen gefragt (vgl. Hess 2010). Zusätzlich konnte ich auf Erkenntnisse der anthropologischen *policy*-Forschung zurückgreifen (u.a. Ferguson 1994; Shore und Wright 1997a; Sharma und Gupta 2006; Shore, Wright und Però 2011; Mosse 2015). In ihrer Einleitung »Policy: A new field of anthropology« zu dem einflussreichen Sammelband »Anthropology of Policy« (1997a) schreiben Cris Shore und Susan Wright (1997b), dass *policy* ein inhärent anthropologisches Phänomen sei: »The study of policy, therefore, leads straight into issues at the heart of anthropology: norms and institutions; ideology and consciousness; knowledge and power; rhetoric and discourse; meaning and interpretation; the global and the local—to mention but a few« (4). Sie hüten sich jedoch davor, eine stringente Definition von *policy* vorzulegen, vielmehr geht es ihnen darum, den Begriff und die Praxis der *policy* zu problematisieren: »On closer examination, however, policy fragments—it becomes unclear what constitutes ›a policy‹. [...] Much of the work of organizing is to make these fragmented activities appear coherent, so it can be claimed that an intention has been realized and a successful result achieved« (4f.).

Policies stellen daher für Shore und Wright selbst Machttechnologien im Sinne von Foucault dar, für deren Erforschung sich ethnographische Methoden besonders eignen. Gleichzeitig bedeute dies – erneut – eine Rekonzeptionalisierung des Feldbegriffs: »not as a discrete local community or bounded geographical area, but as a social and political space articulated through relations of power and systems of governance« (11). Daher greifen sie den Begriff des »studying through« (Reinhold 1994) auf und beschreiben ihn als »multi-site ethnographies which trace policy connections between different organizational and everyday worlds, even where actors in different sites do not know each other or share a moral universe« (Shore und Wright 1997b, 11). Besonders hilfreich für meine Forschungen war der Hinweis, dass diese neue Forschungsdesign nicht lediglich »multi-sited« ist, sondern auch die Arbeit mit neuen Arten von Materialien beinhaltet, wie etwa »policy documents«, die als »cultural texts« (11) gelesen werden könnten. Dies hat mich motiviert, immer wieder ausführlicher aus solchen Dokumenten zu zitieren, insbesondere aus Kommissionsmitteilungen, genau um die vorgeblich glatte *policy*-Oberfläche dieser Textform zu durchbrechen und zu zeigen, dass der kom-

plizierte und fragmentierte Prozess der *policy*-Generierung sich in diesen Texten niederschlägt und für eine Analyse geborgen werden kann. Auch Tom Baker und Pauline McGuirk heben in ihrem Beitrag zu kritischer *policy*-Forschung hervor, dass dokumentarisches Material, wie Berichte oder Powerpoint-Präsentationen als ethnographische Artefakte zu betrachten seien, die ein Fenster in die Schaffung, Mobilisierung und Anwendung von *policy*-Wissen öffnen (Baker und McGuirk 2017, 22).

Das Potential ethnographischer, praxeographischer und empirischer Methoden zur Analyse komplexer Problemstellungen demonstrieren insbesondere die Beiträge in dem Sammelband »Global Assemblages« (Ong und Collier 2005). Abseits der Re-Konzeptionalisierung des Feldbegriffs als Assemblage, die schon diskutiert wurde, ist der Band vor allem für seine innovativen Methoden hervorhebenswert. »[A] mode of inquiry that remains close to practices, whether through ethnography or careful technical analysis« fassen Aihwa Ong und Stephen Collier dies in ihrer Einleitung (2005, 4) zusammen und formulieren Letzteres im Rückgriff auf Max Weber als »technical criticism [that] would examine both the ›mechanical‹ foundations of these phenomena and the actual process and structures that define their scope and significance« (10). Diese Herangehensweise hat sich für mich insbesondere bei der Analyse der Technologien des Grenzschutzes als produktiv erwiesen.

Für die deutschsprachige Kulturanthropologie ist vor allem der Sammelband »Formationen des Politischen« von Jens Adam und Asta Vonderau hervorzuheben (2014a). Sie formulieren eine Anthropologie politischer Felder zwischen »Analyse[n] von elitären Mikrofeldern der Macht, [...] und der Erforschung komplexer politischer Konstellationen, in denen sich *Macht* immer schwieriger verorten und Autorität immer weniger personifizieren lassen« (Adam und Vonderau 2014b, 17, Hervorhebung im Original). Diese Charakterisierung eines politischen Feldes spiegelt sich auch in meinem Untersuchungsgegenstand eines europäisierten Grenzschutzes wieder, der eben nicht auf Expert_innen-Komitees oder den Rat der Europäischen Union reduziert werden kann, aber durch diese wesentlich mitstrukturiert wird. Die von Adam und Vonderau formulierte Methodologie, »ausgehend von den sichtbaren materiellen Spuren, Machteffekten und sozialen Interaktionen nach den zunächst verborgenen politischen Rationalitäten und längerfristigen Prozessen« zu fragen und »Relationen zwischen dem Sichtbaren und dem Unsichtbaren in gegenwärtigen Machtkonstellationen« in den Blick zu nehmen, um so das »Zusammenfließen heterogener Elemente zu komplexen Formationen des Politischen in den Blick zu nehmen« (10) ähnelt auch meinem Vorgehen im Feld, insbesondere ihr Verweis auf das Potential der *infrastructure studies*.

Wird im US-amerikanischen Kontext vor allem das Phänomen der Globalisierung als ausschlaggebend für die Weiterentwicklung des Feldbegriffs und die

Generierung neuer Methoden zur Untersuchung »anthropologischer Probleme« (Collier und Ong 2005) angeführt (beispielsweise Marcus 1995; Feldman 2012), so scheint für den europäischen Kontext oftmals das Phänomen der Europäisierung den Anlass geboten zu haben, neue Felder mit neuen Methoden in den Blick zu nehmen. Präziser: Das schon erwähnte Phänomen der »new European governance« ab den 1990er Jahren koinzidiert auffällig mit dem Erscheinen des Sammelbandes von Susan Wright und Cris Shore, und der Begriff »governance« spielt eine zentrale Rolle in ihren Erörterungen einer anthropologischen *policy*-Forschung. Insbesondere Cris Shore hat sich immer wieder mit den Politiken und Transformationen der Europäischen Union beschäftigt (Shore 1996, 1997, 2000). Auch die Arbeiten der *Forschungsgruppe Transit Migration* sind als Studien der Europäisierung angelegt und lesbar.

Die kulturanthropologischen Europäisierungsforschungen (u.a. Holmes 2000; Hess 2006; Poehls und Vonderau 2006; Welz 2006; Kaschuba 2008; Welz 2009b; Welz und Lotterman 2009; Lenz 2010; Habit 2011; Poehls 2014; Habit 2015; Welz 2013) können als besonders instruktives Beispiel der Produktivität einer beständigen reflexiven Praxis gelten. Insbesondere politikwissenschaftliche Arbeiten zur europäischen Integration zeichnen sich oftmals durch eher starre Diskussionen und Verifizierungen/Falsifizierungen von Modellen (u.a. Neo-Funktionalismus, (liberaler) Intergouvernementalismus, Multi-Level Governance, Europäisierung) aus, in der es immer wieder um die Bestimmung der *scales* und ihrer Hierarchien geht. Die flexible Ontologie der Netzwerke und die daraus resultierenden pragmatischen Forschungsdesigns der Kulturanthropologie überspringen diese Skalen-Diskussion und erlauben so eine tiefere Durchdringung des ambigen, ambivalenten und vielschichten Phänomens der Europäisierung. Zudem folge ich der Kritik Mark Bevir und Ryan Phillips', die die bestehenden Theorien europäischer Integration weniger als umfassende Theorien denn als »general patterns« (Bevir und Phillips 2017, 697) sehen und daher eine genealogische Perspektive (s.u.) auf das Regieren Europas vorziehen:

»Frequently described as »middle-range theories« by their advocates, these theories aspire to be comprehensive by proposing to explain some existing pattern of behavior or outcomes on the basis of an underlying social logic. We believe such an approach is philosophically misguided. As a result, this Special Issue seeks to rethink governance not as a particular state formation, but as a set of meaningful practices, informed by various beliefs, concepts and desires.« (686)

Abschließend möchte ich mich noch mit Gregory Feldmans Methodologie der »nonlocal ethnography« auseinandersetzen, die der US-amerikanische Politikanthropologe in seinem Buch »The Migration Apparatus« entwickelt hat (Feldman

2012, 180ff.). Gegenstand des Buches ist – in unserer Terminologie – das europäische Migrationsregime, welches Feldman in ähnlicher Weise als ›apparatus‹, als Dispositiv konzipiert – »composed of a bewildering array of actors, knowledge practices, technical requirements, labor regulations, security discourses, normative subjectivities, and repurposed institutions« (Feldman 2012, 180). Damit motiviert auch Feldman die Methodeninnovation über einen Befund der Komplexität (›bewildering‹) sozio-technischer Arrangements, die sich durch eine Multiplizität von Akteuren und Objekten ohne zentral organisierende Logik auszeichnen:

»Contemporary ethnography must grapple with how amorphous regimes of global governance absorb millions of people within their purview—that is, indirectly, with extreme decentralization, and through powerful rationales that integrate what were once described as autonomous ethnographic circuits. Therefore, the problem before us is more than (and not even fundamentally) the logistical problem of chasing our object of study around the globe. Rather, the problem is how to create an ethnographic account of *empirical* processes that cannot be fully apprehended through *empiricist* methods, or through direct sensory contact with the processes in question.« (187)

Im Rückgriff auf George Marcus' Überlegungen zur ›multi-sited ethnography‹ und ergänzt durch Burawoys Wiederentdeckung der *extended case method* (Burawoy 1998) konstruiert Feldman das Feld als Netzwerk, und die Herausforderung der Feldforschung als das ›tracing‹ der Verbindungslinien. Dieses Verfolgen wird nach Feldman jedoch durch vier Aspekte erschwert: die Existenz zirkulierender technischer Geräte, die Zirkulation von Expert_innen, die sich verschiebenden Objekte des Dispositivs in Abhängigkeit von sich wechselnden politischen Stimmungen sowie die neuen Artefakte der Wissensproduktion, also *policy*-Dokumente. Gemein ist diesen vier Aspekten, dass sie Verbindungslinien zwischen Personen etablieren, so Feldman, ohne dass diese Verbindungslinien verfolgbar wären (Feldman 2012, 189ff.). Feldman schlägt daher vor, multimethodisch zu arbeiten und etwa Forschung in Archiven, statistische Analyse, Medienanalyse und Interviews zum Methodenarsenal hinzuzufügen (194) und sich nicht lediglich auf teilnehmende Beobachtung zu beschränken, respektive diese gezielter und unter Rückbesinnung auf ihre Stärken einzusetzen (194ff.).

All dies korrespondiert mit den schon diskutierten neuen Überlegungen zu anthropologischen Forschungen, Feldkonstruktionen und Forschungsdesigns. Und dennoch überrascht das konkrete Ergebnis der Methodologie Feldmans, denn seine Studie zum europäischen Migrationsdispositiv kann nicht vollends überzeugen. Zu eklektisch erscheint die Auswahl der *sites*, zu generalisierenden Aussagen, die er aus konkreten Feldforschungssituationen abzuleiten sucht, an. Wie im Kapitel Grenze noch ausführlich dargelegt wird, ist seine Auseinandersetzung mit dem politischen System der Europäischen Union zu

kursorisch. Letzten Endes überwiegt daher der Eindruck, dass die richtigen und wichtigen Einwürfe Feldmans zur klassischen ethnographischen Methode in einer globalisierten Welt zu einem Forschungsdesign geführt haben, welches die Stärken ethnographischer oder empirischer Forschung etwas zu leichtfertig aufgegeben hat. Tatsächlich ist das ›tracing‹ und ›following‹ komplizierter geworden und tatsächlich verläuft es entlang einer Multiplizität von möglichen Verbindungslinien. Dennoch kann eine langanhaltende Beobachtung, eine kleinteilige Rekonstruktion, ein beharrliches Etablieren einer Präsenz im Feld, ein störrisches, hartnäckiges ›Dranbleiben‹ und ein innovativer Prozess der Quellen-generierung immer noch eine tiefe Durchdringung und daher eine stringente Analyse ergeben.

Problematisch erscheint vor allem Feldmans Deutung der Globalisierung als radikaler Bruch mit der Vergangenheit, die qualitativ neue Formen sozialer Regulierung, wirtschaftlicher Transaktionen, *governance* und Identitätsproduktion hervorgebracht habe. Diese ließen sich nun nicht mehr über den Begriff der ›location‹ einfangen, was nun die ›nonlocal ethnography‹ motiviert. Nun ist die These, dass die Globalisierung einen Bruch mit der Vergangenheit bedeutet, weder neu noch unumstritten. Globalisierende Phänomene konnten zum einen in schon wesentlich länger zurückliegenden Perioden nachgewiesen werden. Zum anderen haben insbesondere die Arbeiten von Foucault unterstrichen, dass es – in der Geschichte Europas – immer wieder einschneidende Verschiebungen gab, die aufgrund neuer (Macht-)Technologien und Rationalitäten neue Formen der sozialen Regulierung hervorgebracht haben, die auch im Stande waren, größere geographische Räume zu erfassen und indirektere Formen der Machtausübung zu praktizieren. Die These des singulären Bruchs ist daher kritisch zu hinterfragen, insbesondere die Implikation, dass die Welt früher simpler gewesen sei. Dass auch eine historische, kulturen- und anthropologische Migrationsforschung – um nur ein Beispiel zu nennen – ebenso von den neueren Methodendiskussionen profitieren kann, hat etwa Kathrin Lehnert in ihrer ethnographischen Grenzregimeanalyse der sächsisch-böhmischen Grenze im 19. Jahrhundert eindrucksvoll demonstriert (K. Lehnert 2017).

Genealogien

Tatsächlich stellt jedoch Kathrin Lehnerts Arbeit eine Ausnahme dar: die allermeisten ethnographischen Grenzregimeanalysen stellen gegenwartsbezogene Forschungen dar. Auch ich hatte meine Forschung ursprünglich als gegenwartsbezogene Untersuchung der Agentur angelegt. Diverse Irritationen führten jedoch dazu, meinen ethnographischen Zugang um eine genealogische Perspektive zu erweitern. Als Teil des Forschungsprozesses war es unvermeidlich, sich immer

wieder mit den beiden Schengener Abkommen auseinanderzusetzen, stellen sie doch den *ground zero* der Europäisierung des Grenzschutzes dar. Gleichzeitig sind die Abkommen, mittlerweile vielfach erweitert und reformiert, immer noch das rechtliche Fundament, auf dem europäischen Grenzpolitiken fußen. Ich war jedoch überrascht, dass weniger akademische Literatur zu Schengen existiert, als ich angenommen hatte. Um zwei Beispiele zu nennen. Mit »The Choice for Europe« hat der US-amerikanische Politikwissenschaftler Andrew Moravcsik (1998) den grundlegenden Beitrag zur Untersuchung des europäischen Integrationsprozesses unter dem Paradigma des liberalen Intergouvernementalismus geschrieben. Das Ereignis Schengen taucht an verschiedenen Punkten immer wieder auf, wird aber vor allem als gegeben betrachtet und spielt keine tiefere Rolle. Ähnlich auch der von Hans-Jürgen Bieling und Marika Lerch herausgegebene Sammelband »Theorien der europäischen Integration« (2012), der Schengen ein einziges Mal erwähnt (ebenso Wiener und Diez 2009). »Schengen«, ein Begriff, in dem so viele Bedeutungen mitschwingen, welcher an europäischen Flughäfen so ubiquitär ist und auch immer wieder, besonders nach dem Sommer der Migration, in den Medien erwähnt wird, scheint keine »signifikante Geschichte« zu besitzen.

Eine andere Irritation stellte sich nach dem Sommer der Migration ein, der zu einem veritablen Boom in der Forschungslandschaft zu europäischen Grenz-, Migrations- und Asylpolitiken geführt hatte. Die Reaktionen auf Seiten der Europäischen Union sowie ihrer Mitgliedstaaten wurden schnell Gegenstand von Untersuchungen, wobei sich jedoch eine Tendenz identifizieren ließ, längere Entwicklungslinien zu vernachlässigen und Entwicklungen im Grenzregime als Bruch, als qualitativ neu, als präzedenzlos darzustellen. Auf andere Weise ahistorisch funktioniert ein diskursiver Kniff, auf eines der Abschlussdokumente der wichtigen europäischen Gipfel nach dem Vertrag von Amsterdam zu verweisen und darüber vermeintlich zu belegen, dass gewisse Politiken, Praktiken oder Rationalitäten schon »von Beginn an« angelegt gewesen wären. Selten wurde dies jedoch systematisiert, oder subtile Verschiebungen wurden nicht thematisiert.

Nach meinem Dafürhalten bietet sich daher die Vorgehensweise der Genealogie an, um der Frage nach Wandel und Diskontinuitäten im Grenzregime *en detail* nachzuspüren. Doch ich war nicht der erste, der diese Perspektivenerweiterung vorgenommen hat. Hier möchte ich insbesondere auf Serhat Karakayalı Arbeit zur Genealogie der »illegalen Einwanderung« in der Bundesrepublik Deutschland verweisen (Karakayalı 2008), auf die verschiedenen Arbeiten William Walters, die immer wieder auf die genealogische Methode zurückgreifen (Walters und Haahr 2005; Walters 2011, 2017b), aber auch auf die wiederholten Aufforderungen Sabine Hess', durch eine genealogische Perspektive eine andere Form der Migrationsgeschichtsschreibung zu entwickeln (Hess 2013, 2014, 2015) und dadurch auch neue Perspektiven auf gouvernementale Praktiken zu gewinnen.

Mit dem Begriff der Genealogie recurriere ich auf die historische Untersuchungsmethode, die Michel Foucault als eine Grundlage für seine Untersuchungen herausgearbeitet hat. Wie auch bezüglich seiner anderen Konzepte hat er jedoch keine präzise Definition oder Beschreibung hinterlassen. Mit Martin Saar lässt sich von einem »multiple or differentiated concept or a multi-layered conceptual practice« (Saar 2002, 232) sprechen. So charakterisiert Saar Genealogie als eine Form der Geschichtsschreibung, die Dinge ohne »significant history« (233) in den Blick nimmt, als Kritik im Sinne einer strukturellen Reflexivität. Gleichzeitig beinhalte sie auch einen besonderen Schreibstil: »genealogical accounts are highly rhetorical and irreducibly hyperbolic. Genealogies take their critical force from the dramatizing gesture, from the alarming and overpowering representation of scenarios of power« (238). Und in der Tat stellte das Schreiben des Kapitels Grenze eine Herausforderung im Stil dar – es ist das Kapitel, welches ich am öftesten umstellen musste. Die Zuspitzung auf eine sehr spezifische Geschichte, Fragestellung und Akteure, das oftmals großzügige Überspringen von Zeiträumen, das Verweilen in spezifischen Momenten und die eher künstlich wirkende Chronologisierung sind ein Beispiel für Saars Beschreibung des genealogischen Stils (239), die ich erst im Laufe des Schreibprozesses als Freiheit zu schätzen und nicht lediglich als Herausforderung zu fürchten gelernt habe.

Dies erklärt jedoch nicht den Einsatz der Genealogie. Wieso also Genealogie? Foucault hat die Genealogie oft als ›Geschichte der Gegenwart‹ beschrieben und damit der teleologischen Geschichtsschreibung eine Absage erteilt. Die Gegenwart ist unter dieser Perspektive nicht konsequentes und von Anfang an angelegtes Ergebnis einer historischen Entwicklungslinie, sondern eher zufälliges – aber rekonstruierbares – Resultat einer Abfolge von Kontingenzen, Rationalitäten, Problematisierungen und Verschiebungen dieser. »Die genealogische Abkehr von einer angenommenen Tiefe und versteckten Bedeutungen führten notwendig zu einer Art Positivismus der Erscheinungen«, beschreibt Serhat Karakayalı (2008, 52) eine der Konsequenzen aus dieser anderen Art der Geschichtsschreibung. Eine andere ist das Verschwinden historischer Subjekte, die Akteur_innen tauchen erst in den Auseinandersetzungen auf: »In der kontingenten Entstehung eines Konflikt-Feldes konstituieren sich demnach die Akteure entsprechend der Spezifität des Feldes« (52). Genealogien geht es nicht um ›universelle Wahrheiten‹ oder allgemeingültiges Wissen, sondern vielmehr um die Rekonstruktion eines Auftauchens partikulärer, kontingenter *Wahrheiten* und abgeleiteten Wissensformen als Ergebnis von historischen Prozessen und Kämpfen sowie als Produkt spezifischer Dispositive.

Genealogie ist keine gewöhnliche Geschichtsschreibung und handelt daher nicht von Krönungsmessen, Begräbnissen, großen Schlachten, etc. Was ist der Gegenstand der Genealogie? Die Soziologin und Feministin Maria Tamboukou hat dies sehr konzis beschrieben. Neben dem ›Krieg der Diskurse‹ und der Macht-

beziehungen, die das allgemeine Interesse der Foucault'schen Genealogie bilden, nehme die Genealogie die Brüche und die Diskontinuitäten in den Blick, um erstere freizulegen:

»By revealing discontinuities in the supposed continuous development of history, Foucault's genealogical project also implies a discontinuity in the present social formations. Genealogy is attempting to go further by tracing possible ways of thinking differently, instead of accepting and legitimating what are already the ›truths‹ of our world. The aim is to provide a counter-memory that will help subjects recreate the historical and practical conditions of their present existence.« (Tamboukou 1999, 3)

Die Brüche und Diskontinuitäten stellen die eigentlichen Ereignisse der Genealogie dar, weswegen gerne die Figur der ›Geburt‹ für sie in Anspruch genommen wird. Denn in diesen Brüchen und dem subsequenten Auftauchen neuer Problematisierungen und Rationalitäten werden scheinbar selbst-evidente ›Wahrheiten‹ historisiert und denaturalisiert, sie werden als Singularitäten in ihrer historischen Kontingenz erfahrbar. William Walters hebt für die Genealogien hervor, dass sie im Kern immer vorgegebene Objekte und Subjekte, Identitäten und Praktiken denaturalisieren (Walters 2012, 118). Insbesondere für Genealogien, die einen »Familienbaum der Macht« schreiben, ist dies instruktiv:

»With [this style of genealogy; bk] it is usually a matter of tracing the pathways by which something significant and valued in the present came to take the form that it has. These pathways are multiple. To follow lines of descent is to decompose what otherwise appears integral and complete; to identify seams and stitches that were initially hidden from view; to reveal that a final product is actually a hodge podge of bits and pieces, each of which has its own history.«
(118)

Diese Beschreibung charakterisiert meine genealogische Herangehensweise sehr treffend, denn in den drei folgenden Kapiteln kann ich zeigen, dass sowohl die Frage der Grenze, die Frage des europäischen Grenzschutzes, als auch der Begriff des Risikos immer eine Bricolage aus bestehenden, aber entfremdeten Elementen darstellen und diese Identitäten auch nicht fixiert sind, sondern sich mit neu auftauchenden Problematiken und Diskursen wandeln. Aufgrund dieses denaturalisierenden und re-konstruktiven Charakters halte ich Genealogie für eine Methode, die eine wertvolle Perspektivenerweiterung für die ethnographische Regimeanalyse darstellt, die dadurch eine historische Analysedimension gewinnen kann. Der Modus der Denaturalisierung, des Infragestellen dessen, was oftmals unhinterfragt bleibt, ist fundamental kompatibel mit kulturanthropologischen Ansätzen (vgl. Tamboukou und Ball 2003; Knauff 2017). Wenn etwa Sonja

Windmüller, Beate Binder und Thomas Hengartner es als Aufgabe einer engagierten Kulturforschung beschreiben, »das unsichtbar Gemachte, die Selbstverständlichkeiten und Ordnungen, die eingelagerten Leerstellen, Grenzziehungen und Hierarchisierungen sichtbar zu machen« (Windmüller, Binder und Hengartner 2009, 16), so liegt die Nähe der genealogischen Perspektive zu Desideraten kulturanthropologischer Forschung auf der Hand.

Nach Gilles Deleuze ist Genealogie auf tiefster Ebene die Arbeit, eine Karte zu zeichnen, ein Mapping zu erstellen oder ein Diagramm des Sozialen zu konstruieren (Tamboukou 1999, 4) und diese Herangehensweise hat sich auch für meine Beschäftigung mit der Geschichte des europäischen Projekts als hilfreich erwiesen. Natürlich spielen die gegenwärtigen Krönungsmessen der Europäischen Union, also die Gipfel und Vertragsunterzeichnungen, eine wichtige Rolle für das Verständnis des europäischen Projekts. Doch die genealogische Methode hat mich aufgefordert, in den Zwischenräume, in den scheinbar ereignislosen Perioden gezielt nach Verschiebungen im Diskurs und neuen Problematisierungen zu suchen. Das resultierende Diagramm aus Zirkulation, Grenze und Sicherheit, welches ich im Kapitel Grenze rekonstruiere, war auch in den folgenden Kapiteln eine nützliche Karte und ein Wegweiser für die weitere, kleinteilige Analyse.

Teil meines Forschungsprozesses war es daher, ein Archiv der Europäisierung des Grenzschutzes anzulegen und systematisch zu lesen. Dies wäre nicht ohne die jahrzehntelange Arbeit der britischen NGO *statewatch* möglich gewesen, die schon Ende der 1980er Jahre begonnen hat, *policy*-Dokumente zur Europäisierung der Justiz- und Innenpolitik trotz Geheimhaltungsklassifizierungen zu veröffentlichen und diese bis heute auf ihrer Internet-Seite verfügbar zu halten. Viele Dokumente von zentraler Bedeutung konnte ich nur über *statewatch* aufspüren, denn insbesondere offizielle EU-Dokumente aus den 1990er Jahren waren auch in den Dokumentensystemen der Europäischen Union nicht mehr verfügbar. Auch das *Archive of European Integration*, angesiedelt bei der University of Pittsburgh, stellte eine wichtige Quelle insbesondere für die ersten Jahrzehnte der europäischen Integration dar. Das *Internet Archive* aus San Francisco war eine unverzichtbare Quelle, um auf ältere Versionen von Webseiten zuzugreifen, während mir insbesondere Alexandra Elbakyan wie auch die unermüdlichen Bibliothekar_innen der *Genesis*-Bücherei einen Zugang zu akademischen Texten ermöglichten. Eine weitere besondere, wenngleich nicht historische Quelle stellte das so genannte *Cablegate* dar, die von Wikileaks und fünf europäischen Zeitungen veröffentlichten und ausgewerteten geheimen Drahtberichte aus US-Botschaften, welche einen sehr internen und ungefilterten Blick aus Sicht des US-Außenministeriums ermöglichten. Ebenfalls mehr gegenwartsbezogen fügte ich auch »para-scholarly« (Ferguson 2006, 195) Literatur, Berichte vor allem von NGOs, zu meinem Archiv hinzu.

Bei der systematischen Lektüre meines Archivs habe ich sehr von den Überlegungen der Anthropologin und Historikerin Ann Laura Stoler profitiert. In ihrem Werk »Along the Archival Grain« (2009) unterzieht sie Archiven des niederländischen Kolonialministeriums einer eingehenden Untersuchung bezüglich des in ihnen enthaltenen kolonialen Wissens. Ihre grundsätzliche Haltung, die Quellen ernst zu nehmen, nicht gegen sie zu lesen und ihnen nicht mit Misstrauen zu begegnen, um unterstellte Auslassungen zu identifizieren, hat auch meine Lesart der *policy*-Dokumente inspiriert. Ihre Charakterisierung des Archivs auch als Ort des Imaginierten half mir immens, um im Kapitel Risiko die Brüche in den von der Kommission verfolgten technischen Ansätzen herauszuarbeiten. Wäre ich der weit verbreiteten Haltung gefolgt, die zugegeben unpoetische Sprache der *policy*-Dokumente als reine Ideologie oder Ergebnis entfremdeter Copy-and-Paste-Arbeit einer Praktikant_in abzutun, wäre es mir nicht möglich gewesen, bei einer detaillierten Rekonstruktion der verschiedenen Perspektiven auf die Europäisierung des Grenzschutzes anzugelangen. In diesem Sinne ist Ann Stoler zuzustimmen, wenn sie einen methodologischen Perspektivwechsel auf Archive in der kulturalanthropologischen Forschung diagnostiziert: »In treating archival documents not as the historical ballast to ethnography, but as a charged site of it, I see the call for an emergent methodological shift: to move away from treating the archives as an extractive exercise to an ethnographic one« (47).

Ich möchte zwei Einschränkungen anmerken. Zum einen ist mein Archiv wesentlich weniger umfänglich als die Quellen, die Ann Stoler zur Verfügung standen. Insbesondere standen mir, mit Ausnahme der von *statewatch* verfügbar gemachten Dokumente, nur offizielle und öffentliche Dokumente zur Verfügung. Bei diesen ist weiterhin davon auszugehen, dass sie im Sinne der *public relations* eine letzte Schlaufe der Text-Optimierung durchlaufen haben, weswegen eine quellenkritische Haltung um so mehr angebracht ist. Zum anderen habe ich nicht auf ein existierendes Archiv zurückgegriffen, sondern es selbst konstruiert. Damit ist die konkrete Konstitution des Archivs und sein Inhalt von meinem Blick und meiner Perspektive gelenkt und beeinflusst. Dies offenzulegen invalidiert die von mir geleistete Arbeit nicht, da es mir im besten kulturalanthropologischen Sinne nicht um das Exkavieren einer »Wahrheit« ging, sondern ich meine Forschung immer als interpretative Arbeit konzipiert habe.

Dass kontemporäre Archive, sogar Archive höchst technischer Natur, eine wertvolle und sogar notwendige Perspektivenerweiterung für ethnographische Forschung darstellen, hat auch der anthropologisch arbeitende Soziologe Andrew Barry in seiner Arbeit »Material Politics« (2013) unter Beweis gestellt. Gegenstand seiner Arbeit ist eine Untersuchung der Kontroversen rund um die Konstruktion einer Öl-Pipeline, der Baku-Tbilisi-Ceyhan-Pipeline. Die Kontroversen sind zwar lokalisierbar – und deswegen ethnographierbar – in Ortschaften entlang der prospektiven Route der Pipeline, gleichzeitig sind sie jedoch nur gegen ein öffentlich

verfügbares Archiv, welches die am Bau der Pipeline beteiligten Firmen veröffentlicht haben, lesbar. Daher spielt eine Untersuchung dieser Dokumente eine unverzichtbare Rolle für Barrys Anliegen, die Kontroversen zu rekonstruieren.

Diese verschiedenen Herangehensweisen haben auch meine Perspektive in den ersten drei Kapiteln (Grenze, Agentur, Risiko) inspiriert. Meinen Untersuchungsmodus würde ich als systematische Re-Lektüre charakterisieren. Nach der Konstruktion des Archivs habe ich es im Kapitel Grenze auf das Auftauchen des Problems Grenze im Kontext der europäischen Integration befragt. Im Kapitel Agentur habe ich einen zeitlich begrenzten Ausschnitt des Archivs erneut auf die Gründung der Agentur befragt, während ich im Kapitel Risiko das gleiche Archiv sehr fokussiert auf die Emergenz des Risikobegriffs untersucht habe. Dieses Pendeln zwischen Feldaufenthalten und der Konstruktion und Befragung des Archivs stellt einen möglichen – und in meinem Falle produktiven – Modus einer ›multi-sited ethnography‹ dar.

Kollaboratives Forschen in Netzwerken

Wie haben sich nun diese unterschiedlichen methodologischen Zugänge in meinem spezifischen Feldzugang niedergeschlagen? Wie der Ansatz der ethnographischen Regimeanalyse mit dem Begriff des Regimes als Multiplizität von Akteuren nahelegt, habe ich meinen Untersuchungsgegenstand nicht als das Innere der Agentur konstruiert. Meine Forschung war nicht als Ethnographie einer Organisation – der Agentur – angelegt. Vielmehr stellte sich mir die Frage nach dem Wirken der Agentur im weiteren Feld der Europäisierung des Grenzschutzes sowie im Feld des europäischen Grenz- und Migrationsregimes. Im Fokus meines Interesses stand das Wirken der Agentur als Netzwerk-Akteur und insbesondere ihre Praxis der Produktion eines europäischen Netzwerks des Grenzschutzes und dessen Verquickung mit dem Feld des Migrationsmanagements. Gleichzeitig war ich daran interessiert, die Entwicklung der Agentur als Index in eine Genealogie der Grenze und des Grenzschutzes in Europa zu untersuchen.

Aufgrund der spezifischen Konstruktion des Grenzschutzes als sicherheitspolitisches Feld, dessen reguläre Akteure als Polizeiapparate, paramilitärische Einheiten oder militärische Institutionen verfasst sind, war ich von Beginn an mit der Frage eines weitgehend geschlossenen Feldes konfrontiert. Geheimhaltung und restriktiver Zugang zu Informationen stellten eine Herausforderung dar. Dies galt vor allem für Informationen über Operationen, welche von besonderem Interesse für einen praxisorientierten Forschungsansatz gewesen wären. Dies wird auch von den anderen Forscher_innen, die sich vertieft mit der Agentur beschäftigen haben, so beschrieben (Horii 2015; Perkowski 2016b). Aus diesem Grund schätzte ich von Beginn an die Möglichkeit, dass ich etwa im Rahmen eines Praktikums

eine teilnehmende Beobachtung in der Agentur durchführen können würde, als unwahrscheinlich ein. Und selbst wenn ein solcher Zugang grundsätzlich möglich gewesen wäre, bestand die Gefahr, dass ich aufgrund von Verschwiegenheitsvereinbarungen nicht in der Lage gewesen wäre, die Ergebnisse dieser teilnehmenden Beobachtung zu verwerten.

Tatsächlich interessierte mich die konkrete interne Konstitution, Organisation und Praxis der Agentur im Sinne einer Betriebs- oder Unternehmenskultur (Czarniawska 1997; Götz 2000) nur periphratisch. In der Tradition kulturanthropologischer Beforschung von Sicherheitsakteuren (Fassin 2013; Schwell 2014; Schäfer 2018; Feldman 2019) oder auch allgemeiner Eliten (Shore und Nugent 2002) hätte sich zwar sicherlich ebenfalls eine interessante Fragestellung ergeben, beispielsweise, wie in der Agentur die verschiedenen nationalen Traditionen des Grenzschutzes ausgehandelt, europäisiert und professionalisiert werden. Doch wie ich weiter oben anhand meiner ersten, initialen Beschäftigung mit der Agentur schon erläutert habe, stach der Charakter der Agentur als europäischer Netzwerk-Akteur von Beginn an hervor und deckte sich gleichzeitig nicht nur mit den Ansätzen der ethnographischen Regimeanalyse, sondern auch mit kulturanthropologischen *policy*- und Europäisierungsforschungen.

Die Kulturanthropologie und die ihr verwandten Fächer haben zu den spezifischen Herausforderungen des »Studying Up« (Nader 1972), des Erforschens der Mächtigen und nicht »der kleinen Leute« schon eine ausführliche Methodendiskussion geführt, etwa bezüglich der »neuen Angst vor dem Feld« (Warneken und Wittel 1997) oder der »field worries« im Zuge der neuen Forschungsdesigns des *studying down, up, sideways, etc.* (Hannerz 2006). Diese Diskussionen zur Beforschung von Elitekulturen thematisierten vorrangig die soziale Stellung der Forscher_in vis à vis der beforschten Personen, die vor allem als Inversion der Asymmetrie des sozialen Status problematisiert wird. Mit der Zuwendung zu Expert_innenkulturen, etwa in technischen, wissenschaftlichen, medizinischen oder auch politischen Bereichen drängt jedoch vor allem eine Symmetrie in den Vordergrund. Diese gilt nicht nur für den sozialen Status und beruflichen Werdegang der beforschten Personen. Vielmehr gilt dies in besonderer Weise für ihre Praktiken: Wenn »hochdynamische wissensbasierte Expertenkulturen [beforscht werden], die selbst einen Modus wissenschaftlicher bis hin zu ethnologischer Reflexion beherrschen« (Hess und Schwertl 2013, 29), so verändert dies die Position der Forscher_in auf wesentlich fundamentalere Weise und erhöht gleichzeitig die Hürden für einen Zugang zum Feld. Douglas Holmes und George Marcus (2005) schlagen daher in ihrem Aufsatz zu globalen Kulturen der Expertise vor, das Gegenüber nun nicht mehr als »den Anderen« zu identifizieren, sondern vielmehr zu gleichen Teilen als Subjekt wie auch als intellektuelle Partner_in: Forschung als Kollaboration.

Ich habe einen anderen Zugang zu meinem Feld und vor allem einen anderen Modus der Kollaboration gefunden. Wie ich im Kapitel Agentur ausführe, hielt ich mich das erste Mal in Warschau, wo das Hauptquartier der Agentur angesiedelt ist, im Rahmen einer Demonstration auf, die von europäischen antirassistischen Netzwerken im Jahr 2008 organisiert wurde. Dass es uns möglich war, im Anschluss an die Demonstration auch ein Gespräch mit der Exekutive der Agentur zu führen und aufzuzeichnen, war ein überraschendes Ergebnis dieses antagonistischen Feldzugangs. Tatsächlich öffnete dieser kurze aktivistische Aufenthalt jedoch die Tür zu meinen Forschungen in Griechenland, weil ich in Warschau Giorgos Maniatis kennenlernte. Er war für seine Organisation, das *Netzwerk für die Rechte der Flüchtlinge und Migrant_innen* (kurz *Dyktio*, griechisch für ›Netzwerk‹) aus Griechenland, nach Warschau gekommen, um an der Demonstration teilzunehmen. Wenige Wochen später erhielt ich dann von ihm eine Einladung, im Juli nach Griechenland zu kommen und auf dem von *Dyktio* jährlich organisierten *Antirassistischen Festival* in Athen einen Vortrag über die Agentur zu halten. Denn nominell war die Agentur seit 2006 in Griechenland aktiv, es existierte jedoch kaum öffentliches Wissen über die Agentur oder ihre Operationen.

Der Vortrag selbst war kein durchschlagender Erfolg. Mir waren 20 Minuten Redezeit gegeben worden, die sich durch die konsekutive Übersetzung ins Griechische sofort halbierten. Für viel mehr, als die grundlegenden Fakten über die Agentur zu referieren, blieb keine Zeit, und in der anschließenden Diskussion mit dem Publikum kam kein richtiger Dialog auf. Ich hatte den Eindruck, dass das Thema einer europäischen Grenzschutzagentur, ihre komplizierte Konstruktion und mein fehlendes Wissen zur konkreten Praxis der Agentur in Griechenland meinen Vortrag sehr unzugänglich machten, ganz abgesehen von all dem, was ›lost in translation‹ blieb. Immerhin erging es mir besser als bei einem ähnlichen Vortrag bei einer antirassistischen Gruppe ein paar Jahre später in Warschau. Anwesend waren auch Vertreter_innen der Warschauer vietnamesischen Community. Ein Mann ging aufgrund meines ebenso kurzen und übersetzten Vortrag davon aus, dass ich ein Mitarbeiter der Agentur sei – wer sonst könnte so routiniert über Struktur und Aufgaben der Agentur referieren – und skandalisierte die vermeintliche Anwesenheit der Agentur in Form meiner Person.

Ich schildere diese Anekdote, weil sie illustriert, wie die oben angesprochene Symmetrie konkret wirken kann. Jede Kultur der Expertise hat selbst einen hochspezifischen Gegenstand, mit dem sie sich beschäftigt. Dies bedeutet für die Forscher_in, sich diesem Gegenstand erst einmal zu nähern. Zwangsläufig bedeutet dies, sich mit den Beschreibungen, den Perspektiven, den Diskursen und auch dem Jargon, der in der Expert_innenkultur vorherrscht, vertraut zu machen. Dies ist Voraussetzung, um sich in einem zweiten Schritt überhaupt den Praxen und Rationalisierungen zuwenden zu können, die in letzter Konsequenz das forschende Interesse ausmachen. Dass sich dabei ein Problem für eine not-

wendige Distanz ergibt, liegt auf der Hand: Wenn schon Sprache strukturiert, was überhaupt sagbar und damit denkbar ist, wie sehr determiniert dann ein fachspezifischer Jargon die Grenzen einer unabhängigen oder kritischen Analyse? Im Rückblick war dies das Problem, vor dem ich bei dem Vortrag in Warschau stand. Wäre es notwendig gewesen, ein komplett eigenes Vokabular zu generieren, um sich die Begrifflichkeiten des Grenzschutzes nicht zu eigen zu machen? Oder hätte der gesamte Vortrag mit *air quotes* – mit den Fingern angedeutete Anführungszeichen als Distanzierung – durchzogen sein müssen, um meine Unabhängigkeit zu markieren? Müssen Texte zum Gegenstand mit einfachen Anführungszeichen und Kursivierungen durchzogen sein, um beständig zu markieren, woher bestimmte Begriffe stammen?

Letztlich habe ich das Problem für mich auf den Kopf gestellt. Gewisse Schlüsselbegriffe des Grenzschutzes erschienen mir bei genauer Untersuchung vermehrt als leere oder zumindest unbestimmte Signifikanten, wie etwa der Begriff des *integrated border management* oder auch der spezifische Risikobegriff der Agentur. So gewöhnte ich es mir an, in Interviews danach zu fragen, was denn mein Gegenüber unter diesen Begriffen verstand. Oftmals gewährte mir dies unerwartete Einblicke, welche Perspektive insbesondere Grenzschützer_innen auf den neuen europäischen Modus des *doing border* hatten. Um ein sehr konkretes Beispiel zu nennen: Im Herbst 2018 bereitete ich mich mit meiner Kollegin Lena Karamanidou für einen Forschungsaufenthalt in der Provinz Evros im Nordosten Griechenlands vor. Sie hatte mich auf eine Webseite der griechischen Polizei hingewiesen, auf der Kontaktdaten für das »Regionale Zentrum für integriertes Migrationsmanagement« gelistet waren. Als ich dort anrief und fragte, ob ich mit eben diesem Zentrum verbunden sei, wurde mir zu meiner Überraschung erklärt, dass ich das regionale Hauptquartier des Grenzschutzes erreicht hatte. Von einem Zentrum wusste die Person am Telefon nichts. Bei unserem Interview mit dem regionalen Kommandeur der Grenzschutzeinheiten wenige Wochen später fragten wir daher, was es mit diesem Zentrum auf sich habe. Daraufhin wurde uns erklärt, dass es sich eher um einer »virtuelles« Zentrum handle. Die Europäische Union fordere die Einrichtung solcher Zentren für die Kooperation zwischen verschiedenen Institutionen, effektiv sei das Zentrum aber nur ein leerer Schreibtisch und ein Telefon.

Wichtiger als diese Vorgehensweise war es für mich jedoch, einen Reflexionsraum zu haben, in dem meine Kenntnis und mein Beherrschen dieser spezifischen Sprache sowie die impliziten Bedeutungen und Konzepte, die mit ihr einhergehen, diskutieren konnte, ohne mich des Verdachts auszusetzen, sie mir vollends zu eigen gemacht zu haben. Dies war vor allem im Rahmen des *Netzwerks für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung* (kritnet) möglich. Die regelmäßigen Arbeitsgruppen zum Grenzregime, die ich immer nur halb scherzhaft als Treffen der »border nerds« bezeichnet habe, stellten eine besondere Form der

Zusammenarbeit dar, in der ich vielfach vom Wissen anderer akademischen und aktivistischen Wissensproduzent_innen lernen konnte. Insbesondere erlaubte mir dieses Netzwerk, die changierenden Dynamiken des Grenzregimes über die vielen Jahre im Blick zu behalten und als Hintergrundwissen für die Entwicklung der Agentur einzuordnen. Wenn Komplexität die zentrale Herausforderung einer Regimeanalyse ist, so kann diese nur durch eine kollaborative Forschungspraxis beantwortet werden. Dies bedeutet für mich jedoch nicht lediglich, wie in einem Forschungsprojekt eine Vielzahl von Forschenden einzusetzen, die sich verschiedenen Aspekten einer Forschungsfrage widmen, sondern eine intensivere Form des beständigen Austauschs und des gemeinsamen Wälzens von geteilten Forschungsfragen.

Der Begriff der Kollaboration trägt jedoch nur im Deutschen überwiegend negative Konnotationen, während insbesondere die englischsprachige, kultur-anthropologische Debatte die Methode der Kollaboration schon länger als spezifischen Modus der Zusammenarbeit diskutiert (bspw. Faubion und Marcus 2009). Auch Beate Binder und Sabine Hess diskutieren den Begriff im Zusammenhang mit einer *engaged anthropology* (Low und Merry 2010; Rappaport 1993), die nicht nur beschreibt, sondern selbst kritisch in politische Räume interveniert und dabei Kollaborationen im Feld eingeht (vgl. auch Hamm 2013). Das Suchen nach kollaborativen Modi der Wissensproduktion hat auch meine Forschungen ausgezeichnet. Aufgrund meiner Expertise wurde ich über die langen Jahre meiner Forschungen immer wieder für Vorträge und Statements angefragt, und dies nicht nur in antirassistischen Kreisen, sondern vermehrt auch für Konferenzen von NGOs oder für die Presse. Meine Person, wie auch meine kritische Haltung zur Agentur, waren bekannt. Manchmal wurde der Anteil des politischen Aktivismus an meiner Person stärker wahrgenommen, in anderen Fällen stand meine Position als Forscher und Wissenschaftler im Vordergrund. Dieses Pendeln zwischen verschiedenen Feldern, das Tragen »verschiedener Hüte«, brachte auch Herausforderungen mit sich, mit denen ich nicht alleine war. So beschreibt auch Jan Hutta die unterschiedlichen Anrufungen aus dem Aktivismus einerseits und der Wissenschaft andererseits: »Von der aktivistischen Praxis ergeht oftmals die Anforderung, dass ich mich klar in dem aktivistischen Diskurs positioniere [...]. Andererseits ergeht von der wissenschaftlichen Seite [...] eine Anforderung, Dinge permanent zu hinterfragen und sich klar auf der Seite von Kritik zu positionieren« (Hutta u. a. 2013, 155).

Diese unterschiedlichen Anrufungen sind auch mir nicht fremd, da ich ihnen auch oft begegnete. Ich würde sie jedoch weniger als Positionierung vs. Kritik beschreiben, denn glücklicherweise spielten Identitätspolitik in den aktivistischen Netzwerken, in denen ich mich bewegte, keine große Rolle. Vielmehr würde ich die unterschiedlichen Anrufungen als unterschiedliche Modi der Kritik charakterisieren, die damit auch mit verschiedenen Modi der Wissensproduktion

korrespondieren. Dies lässt sich am Beispiel der *transborder conference* illustrieren. Diese fand im Jahr 2012 in Istanbul statt und zielte auf die Vernetzung von NGOs und Aktivist_innen entlang der Grenzen Europas ab. Es war kein Zufall, dass wir uns in Istanbul trafen, denn aufgrund der restriktiven Visabestimmungen der Europäischen Union wäre den meisten Teilnehmer_innen, etwa aus der Türkei, aus der Ukraine, aus Tunesien und Marokko die Teilnahme an einem solchen Treffen innerhalb der Europäischen Union unmöglich gewesen. Auf der Konferenz fand auch ein Workshop zur Grenzschutzagentur statt. Er begann mit einem Beitrag eines Aktivisten aus den Niederlanden. Der Vortrag bestand aus einer langen Liste an Kritikpunkten an der europäischen Migrationspolitik: Externalisierungsprozesse, illegale Pushbacks im Mittelmeer, Internierung von Flüchtlingen, Kriminalisierung von Seenotrettung, technische Aufrüstung der Schengener Grenzen, etc. Für sich genommen stellte die Liste eine durchaus valide Kritik am europäischen Grenz- und Migrationsregime dar. Doch die Quintessenz des Vortrags bestand darin, dass die Agentur für all diese Entwicklungen verantwortlich sei. Dies war faktisch falsch und bewertete die politische Rolle und die tatsächlichen Kapazitäten der Agentur über.

Doch aus einer Logik der politischen Bewegung war die Überhöhung der Agentur als Symbol für die repressiven Tendenzen des Grenzregimes durchaus folgerichtig. Die Zuspitzung des Grenzregimes auf einen zentralen Akteur im Rahmen aktivistischer Kritik ist meiner Meinung nach nicht unbedingt mit einer Simplifizierung komplexer Zusammenhänge befasst. Vielmehr stellt sie ebenfalls eine Antwort auf den Befund der Komplexität, Dynamik und Heterogenität des europäischen Grenzregimes dar, fragt jedoch vor allem, wie unter den Bedingungen der rasanten Aufmerksamkeitsökonomie der vor allem medial vermittelten politischen Auseinandersetzung Kritik überhaupt transportiert werden kann. Tatsächlich ist auch der akademischen Wissensproduktion diese Logik nicht unbedingt fremd, wenn etwa komplexe Analysen letztlich doch immer wieder in leicht kommunizierbare *policy recommendations* münden sollen oder die eigene Zitierbarkeit durch die Schaffung griffiger Termini erhöht werden muss.

Die Einladung, auf dem *Antirasstischen Festival* in Athen zu sprechen, eröffnete mir einen vollkommen anderen Feldzugang als das Studium der Dokumente und der Recherche im Internet, welche meines Beschäftigung mit der Agentur bis dahin geprägt hatte. Am Ende des ersten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts nahm Griechenland keine derart prominente Stellung in der Berichterstattung über die Migrationspolitiken der Europäischen Union ein wie heute. Am Anfang der 2000er Jahre richtete sich das öffentliche Interesse vor allem auf Spanien, mit den Überfahrten bei Gibraltar, und später den Ankünften auf den Kanarischen Inseln. Nicht zufälligerweise fand daher auch die erste Operation der Agentur – die *JO Hera* – in dieser Region statt. Ab 2005 geriet auch das zentrale Mittelmeer und die Überfahrten von Libyen und Tunesien nach Malta und Italien

in das öffentliche Interesse, die Agentur folgte mit der *JO Nautilus*. In Griechenland war die Agentur zwar auch seit 2006 über die *JO Poseidon* vertreten, allem Anschein nach fanden aber in den ersten Jahren der Operation wenige Tätigkeiten statt. Dennoch existierte aktivistisches Wissen bei *Dyktio* um die Präsenz der Agentur, verbunden mit dem Interesse, diese europäische Intervention besser zu verstehen. Hieraus etablierte sich eine langjährige Zusammenarbeit, die es mir erlaubte, eine langzeitige und wiederkehrende Feldforschung zu betreiben.

Mein anfänglicher Zugang zu Griechenland war daher geprägt von dem Versuch, an die Operationsorte der Agentur zu gelangen und die Agentur *in situ* als auch *in actu* zu erforschen. Ohne meine Freund_innen von *Dyktio* wäre mir dies jedoch kaum möglich gewesen, weswegen ihnen mein besonderer Dank gilt. Durch sie bekam ich einen Crash-Kurs über die neuere Geschichte Griechenlands, die gegenwärtigen griechischen Migrations- und Grenzpolitiken sowie andere unerlässliche Einblicke. Viele wichtige Kontakte wurden mir durch sie vermittelt und oftmals unternahmen wir Feldforschungen zusammen. Ohne diese immer großzügige und freundschaftliche Unterstützung wäre mir meine Forschung in dieser Art und Weise niemals möglich gewesen. Die viele Übersetzungsarbeit, die für mich geleistet wurde, ist ein Beispiel. Die Tatsache, dass ich über keinen Führerschein verfüge, wäre ebenso ein entscheidendes Hindernis gewesen. Der offensive Verzicht auf einen Führerschein mag zwar mittlerweile einem selbstverständlichen urbanen Habitus entsprechen, doch auf den griechischen Inseln kann nur ein Auto – und die Fähigkeit und Erlaubnis, es zu fahren – die für eine Feldforscher_in notwendige Mobilität garantieren.

Andererseits konnte auch ich etwas in unsere Kollaborationen im Feld einbringen. Besonders in formelleren Settings öffnete mein Status als »europäischer Ausländer« oftmals Türen, die Griech_innen vielleicht verschlossen geblieben wären. Als Ausländer wurden mir auch Fauxpas verziehen. Als Giorgos Maniatis und ich im Frühsommer 2016 den Bürgermeister von Chios (Stadt) interviewten und auf die Isolierung der Insel durch den EU-Türkei-Deal zu sprechen kamen, fragte ich den Bürgermeister, ob er diese Isolierung mit der Nutzung griechischer Inseln als erzwungenes politisches Exil für Kommunist_innen während der Zeit der Junta – der Militärdiktatur von 1967 bis 1974 – vergleichen würde. Aus den Augenwinkeln sah ich noch, wie Giorgos zusammenzuckte. Nach dem Interview sagte er mir, dass eine solche Frage, also die implizite Analogisierung, ein Grund gewesen wäre, uns sofort hinauszuerwerfen. Aber dem naiven »Ausländer« wurde seelenruhig erklärt, dass das Exil damals viel besser organisiert gewesen wäre im Vergleich zu den chaotischen Bedingungen, die das Hotspot-System auf die griechischen Inseln gebracht hätte. Das war wiederum der Punkt, an dem Giorgos am liebsten das Interview beendet hätte.

Wie ich im Kapitel Agentur beschreibe, war es jedoch schwierig, die Agentur im Einsatz anzutreffen. Die physisch-materielle Anwesenheit der Agentur war

weitaus weniger offensichtlich, als ich mir das vorgestellt hatte. Auch die Eröffnung des ersten Zweigbüros der Agentur im Hafen von Piräus, das *Frontex Operational Office* (FOO) im Jahre 2010, bedeutete nicht, dass die Agentur nun prominent in Griechenland vertreten oder zugänglicher gewesen wäre. Gleichzeitig wusste ich aus der Berichterstattung über die spanischen und italienisch-maltesischen Operationen der Agentur, dass die Agentur nur nominell die Operationen koordinierte, effektiv aber stark abhängig von den Interessen der beteiligten Mitgliedstaaten war. All dies passte nicht mit meinem Bild einer europäischen Superagentur für Grenzschutz zusammen. Diese Irritation sollte sich jedoch langfristig als produktiv erweisen, denn langsam verstand ich, dass die zentrale Fragestellung der Europäisierung des Grenzschutzes weniger in der Sicherung der europäischen Grenzen bestand – diese betrieben weiterhin die Mitgliedstaaten. Vielmehr ging es um die Herstellung eines Netzwerks des Grenzschutzes, um die Harmonisierung von Praktiken und Wissensformaten und um die Etablierung gegenseitigen Vertrauens. Diese Einsicht, die sich aus einer lang anhaltenden Reflexion über meine Feldaufenthalte ergab, motivierte bei mir, mich noch einmal eingehender mit der Gründung und Konstitution der Agentur (Kapitel Agentur) sowie ihres spezifischen Wissensformats des Risikos als Mittel zur Mobilisierung eines europäisierten Grenzschutzes (Kapitel Risiko) zu beschäftigen. Auch wenn ich in diesen beiden Kapiteln nur bedingt auf Material aus der Feldforschung zurückgreife: Ohne meine Anwesenheit im Feld hätte ich mir diese Fragen nicht in dieser Form gestellt.

Als ich beschloss, der Agentur nach Griechenland zu folgen, ließ sich noch nicht absehen, dass Griechenland über die nächste Dekade zu einem zentralen, doppelten Aushandlungsort der Europäisierung werden würde. Die seit 2008 ansteigenden Überfahrten auf die ägäischen Inseln wurden nur in Fachkreisen registriert. Die menschenunwürdige Internierung von Flüchtlingen in überfüllten Lagerhallen auf den Inseln sowie die lediglich formale Existenz eines Asylsystems in Griechenland stellten kaum einen öffentlichen Skandal dar (vgl. Panagiotidis und Tsianos 2007; Pro Asyl 2007). Bei einem Aufenthalt in Athen im Mai 2009 war jedoch schon zu spüren, dass sich die Dynamik verschärfen würde. Im Dezember 2008 hatte die Erschießung des 15-jährigen Anarchisten Alexis Grigoropoulos durch einen Polizisten zu urbanen Aufständen und sozialen Revolten geführt, die sich schnell auf ganz Griechenland ausweiteten und global registriert wurden. Die Proteste wurden vor allem von der jüngeren Generation getragen, der die abflauende Wirtschaft – schon vor der Eurokrise – jegliche Zukunftsperspektiven geraubt hatte (Vradis und Dalakoglou 2011).

Im Mai 2009 wurde ein von nordafrikanischen Migrant_innen besetztes ehemaliges Gerichtsgebäude am zentralen Omoneia-Platz in Athen von organisierten Neonazis aus dem Umfeld der Partei *Goldene Morgenröte* angegriffen, während der Angriff von der Polizei abgesichert wurde. Es war das erste Mal, dass Neonazis

derart offensiv Präsenz im Zentrum der Stadt gezeigt hatten und es war auch das erste Mal, dass ich vor einem Hagel Steine davonlaufen musste. Gleichzeitig waren wir beschäftigt, das *noborder camp* auf der Insel Lesbos zu organisieren, welches im Sommer des gleichen Jahres stattfand. Es skandalisierte erfolgreich das improvisierte Internierungslager im Vorort Paganis der Inselhauptstadt Mytilini (Ataç, Kasperek und Willenbücher 2010; Alberti 2010) und erzeugte den internationalen Druck, der wenige Wochen später, mit dem Antritt der neuen sozialistischen Regierung zur Schließung Paganis führte. Ich verbrachte die meiste Zeit des Camps im Medienzentrum in einem besetzten Teil der Universität der Ägäis, dessen größter Vorzug der schnelle Internetzugang darstellte. Dieser erlaubte es uns, mit geschmuggelten Kameras erstellte Videoaufnahmen aus dem Inneren des Internierungslagers im Internet verfügbar zu machen. Das UNHCR-Hauptquartier in Genf, Reuters und CNN zeigten und verbreiteten die Aufnahmen und vermittelten mir einen direkten Einblick in die Produktivität – und die Produktionsprozesse – des Menschenrechtsdiskurses an den Grenzen Europas.

Das Jahr 2009 markiert den Anbruch einer doppelten europäischen Krise in Griechenland. Die neue Regierung, die mit dem Slogan »Geld ist genug vorhanden« gewählt worden war, musste bald das erste Memorandum, eine weitreichende Gläubigervereinbarung mit der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank und dem IWF (die sogenannte Troika) unterzeichnen und versuchte nun, die Schuld an der Krise der griechischen Staatsfinanzen mit dem Motto »Wir haben es alle zusammen aufgegessen« zu kollektivieren. Die Krise der Staatsfinanzen steckte ab 2010 die fundamentalen Parameter ab, in deren Rahmen sich der griechische Staat bewegen musste. Folgen waren ein Erstarken des Rassismus durch eine Sündenbockpolitik, aber auch der Aufstieg sozialer Bewegungen, wie etwa die *Bewegung der Plätze* im Jahr 2012, die letzten Endes zur Regierungsübernahme durch die *Allianz der radikalen Linken*, Syriza, im Januar 2015 führte. Gleichzeitig spitzte sich die Krise des euro-griechischen Grenzregimes in diesen Jahren zu. Auf Druck durch die Europäische Union bemühten sich die verschiedenen griechischen Krisenregierungen, das gesamte Asylsystem in Griechenland neu zu ordnen: Durchführung der Asylverfahren, Unterbringung, Abschiebungen – fast alle Aspekte des griechischen Migrationsregime sollten in dieser Zeit umstrukturiert und in Einklang mit europäischen Vorstellungen und Gesetzgebungen gebracht werden.

Ich beschreibe diese turbulente Zeit, weil sie auch für meine Orientierung im Feld eine Herausforderung darstellte. Ich bin zwischen 2009 und 2017 rund 20 Mal in Griechenland gewesen, manchmal für kurze fokussierte Feldaufenthalte von bis zu zwei Wochen, 2011 und 2012 aber auch für viele Monate. Angesichts der Proteste der sozialen Bewegungen gegen die Politiken der Europäischen Union im Zuge der Finanzkrise stellte sich mir die Frage, ob ich nicht eher dieses konkrete Beispiel autoritärer europäischer Integration stärker in den Mittelpunkt meiner

Forschungen stellen sollte. Mit dem faktischen Ausscheiden Griechenlands aus dem Dublin-System Anfang 2011 (Kapitel Operation) tauchte eine andere mögliche Abzweigung auf. Nun fragte ich mich, ob nicht diese manifeste Krise des europäischen Asylsystems – sie blieb nicht auf Griechenland beschränkt (Kasparek und Speer 2013) – mein Forschungsgegenstand sein sollte. Diese beiden möglichen Abzweigungen – eine dritte war eine aktivistische Feldforschung zur Krise Schengens im post-revolutionären Tunesien im Mai 2011 – waren jedoch nicht allgemeine Überlegungen, waren kein abstraktes Suchen nach einer Forschungsfrage. Vielmehr waren sie Sirenengesänge des Feldes, welches ich mir selbst konstruiert hatte und das voller möglicher Trajektorien war.

Letzten Endes habe ich diese Abzweigungen nach Dublin, nach Tunesien oder zur europäischen Finanzpolitik nicht genommen. Das Wissen um diese anderen Felder und meine zeitweise Beschäftigung mit ihnen half mir jedoch immens, eine breitere Perspektive auf meinen Forschungsgegenstand zu gewinnen, bevor all diese Perspektiven in unerwarteter Weise im Jahr 2015 kulminierten. Die Krise Schengens nach dem Arabischen Frühling, die Krise Dublins und des *Gemeinsamen Europäischen Asylsystems*, wie auch die Auseinandersetzungen um die Bewältigungsstrategien der Eurokrise spitzten sich in unerwarteter Weise zu einem Frühling einer linken Regierung und direkt im Anschluss im Sommer der Migration zu. Griechenland stand im Zentrum dieser beiden Dynamiken.

Zu diesem Zeitpunkt hatte ich schon viel Feldforschung in Griechenland betrieben und dabei viel über das Feld gelernt. So hatte ich etwa verstanden, dass Interviewanfragen an Behörden per E-Mail nutzlos waren. Sie wurden vielleicht gelesen, definitiv aber nicht beantwortet. Viel einfacher war es tatsächlich in den meisten Fällen, die persönliche Handy-Nummer einer Person in Erfahrung zu bringen und direkt anzurufen. Anfänglich bereitete mir dieser Modus Unbehagen, denn es ist definitiv einfacher, eine präzise E-Mail zu entwerfen, als in der direkten Kommunikation und in einem Gemisch aus Griechisch und Englisch zu versuchen, sein Anliegen vorzutragen und auszuhandeln. Oftmals war es auch nicht mit einem Anruf getan, ich wurde entweder gebeten, mich später noch einmal zu melden oder mir wurde eine Telefonnummer diktiert, an die ich mich wenden sollte. An manchen Punkten kam mir die Versuchung, es einfach nicht weiter zu versuchen und mich vor mir selbst damit zu rechtfertigen, dass ich es ja versucht hatte. In den meisten Fällen wurde die Hartnäckigkeit jedoch belohnt und eröffnete mir beispielsweise Zugang zu Ministerien oder Polizeistationen. In der abschließenden Feldforschung im Jahr 2016, als wir das Hotspot-Zentrum auf der Insel Chios beforschten, war mir dieser Modus der Kontaktaufnahme schon so gängig geworden, dass ich ihn ein erstes Mal und ohne groß darüber nachzudenken auf eine europäische Agentur anwandte, die Zentrale des Europäischen Asylunterstützungsbüros (EASO) in Valletta, Malta, anrief und so Zugang zum Hotspot erhielt.

Über die Jahre kristallisierte sich so langsam eine Forschungsmethode heraus. Im Sinne des Marcus'schen ›follow the conflict‹ oder mit postoperaistischer Intuition für die kleinen Konflikte und Kämpfe (vgl. Alquati 1974) – mein Freund Marc Speer hat das einmal als ›Folge dem Blaulicht!‹ auf den Punkt gebracht – verfolgte ich die Dynamiken des Grenzregimes, mit einem Fokus auf Griechenland einerseits und Brüssel, also der Ebene der Europäischen Union, andererseits. Zeichnete sich ein ausreichend stabiler Konflikt, also nicht lediglich ein kurzes Aufflammen einer Auseinandersetzung, ab, versuchte ich, vor Ort einen ethnographischen Zugang zu erhalten. Dies beinhaltete neben der reinen physischen Präsenz im Feld, die zunächst eine grundlegende Beobachtung der Dynamik erlaubte auch ein Mapping der relevanten Akteure, welches ich im Laufe des Feldaufenthalts auch immer wieder aktualisierte.

Im nächsten Schritt versuchte ich, möglichst viele Interviews durchzuführen – insgesamt habe ich über 60 Gespräche geführt. Die Mehrheit der Interviews fand mit Mitarbeiter_innen von Behörden oder NGOs statt. Erstere liefen recht formal ab, oftmals in Gebäuden der Behörde oder Agentur, und der Inhalt der Gespräche bezog sich weniger auf die konkrete Person, sondern auf deren Funktion als Repräsentant_in einer Behörde oder Agentur. Diese Interviews lieferten normalerweise sowohl einen Einblick in die Rationalitäten und Problematisierungen der Organisationen wie auch eine Beschreibung des lokalen Akteurs-Netzwerk aus ihrer Perspektive. Oftmals war der konkrete Mehrwert des Interviews jedoch die Tatsache, dass es einen formalen Grund darstellte, sich in, vor oder in der Nähe eines bestimmten Gebäudes aufzuhalten. Besonders bei wiederholten Terminen im gleichen Gebäude setzte so ein Gewöhnungseffekt ein, ich wurde beim zweiten oder dritten Mal als in irgendeiner Form ›zugehörig‹ identifiziert und meine Anwesenheit wurde nicht mehr hinterfragt. Interviews mit NGOs liefen erwartungsgemäß weniger formal ab und oftmals ergaben sich daraus länger anhaltende und informellere Verbindungen. Oft waren NGO-Vertreter_innen auch an dem von mir erhobenen Wissen interessiert, was Praktiken des Informationsaustauschs etablierte.

Gleichzeitig folgte ich dem Konflikt anhand von Dokumenten oder Berichterstattung im Sinne der ›symptomatischen Diskursanalyse‹. So ergab sich zwischen 2009 und 2016 ein immer dichteres Bild der seismischen Verschiebungen und tektonischen Brüche im europäischen Grenzregime. Dies erlaubte mir, in Kombination mit genealogischen Rekonstruktionen, abstrakteren Interpretationslinien zu folgen. Mein ›tracking and tracing‹ der Agentur und ihres Netzwerkes fand auch zu großen Teilen im Internet statt. Die Person des maltesischen Majors Alexander Dalli, die ich im Kapitel Agentur vorstelle, wie auch das Schulungsvideo und die beiden Risikoanalysehandbücher, welche Grundlage der Rekonstruktion des Risikobegriffs der Agentur im Kapitel Risiko bilden, fand ich online und konnte sie so meinem Material hinzufügen.

Das beständige Pendeln zwischen den verschiedenen Kontexten des Aktivismus und der Akademie, welches meinen Forschungen zugrundeliegt, erwies sich zwar als herausfordernd, aber auch als Bereicherung. Denn ich lernte, mit den verschiedenen Anrufung umzugehen und diese auch manchmal zurückzuweisen. Darüber fand ich meinen eigenen Modus der Kritik. Diesen verstehe ich als eine detaillierte, kleinteilige und rekonstruktive Untersuchung der Agentur, an deren Ende eine Beschreibung der Agentur, ihrer Geschichte und Praxis steht, die nicht mehr auf ihre Vokabeln und Rationalisierungsschemata angewiesen ist.